

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 26. Januar 2016

www.epd.de

Nr. 4

■ »... dem Frieden der Welt zu dienen«

Abschlussstagung des Diskursprojekts der Evangelischen Akademien in Deutschland, 4. Mai 2015

■ Am gerechten Frieden orientieren

Fachgespräch der EKD zum Weißbuch-Prozess, 14. Oktober 2015

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ »Zivile Außenpolitik als prima ratio«

»Deutschland wird als Bündnispartner international stärker in die Pflicht genommen und sieht sich mit neuen diplomatischen Aufgaben wie auch mit Forderungen nach zusätzlichem militärischem Engagement konfrontiert. Gefragt ist auch auf europäischer Ebene eine Strategie, die konsequent die zivilen Mittel der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung einsetzt und die militärische Intervention auf den äußersten Fall beschränkt«, schreiben die Initiatoren des Diskursprojekts ». . . dem Frieden der Welt zu dienen«, Dr. Rüdiger Sachau, Uwe Trittman und Dr. Klaus Holz, in der Einladung zur Abschlusstagung.

Das Projekt war der Versuch, den friedenspolitischen Diskurs auf breiter Ebene anzuschieben und mit den friedensethischen Positionen der evangelischen Kirche anzureichern: Der Diskurs begann mit der Auftaktveranstaltung am 24. September 2012 (epd-Dokumentation 45/12) und fand mit der Tagung am 4. Mai 2015 seinen vorläufigen Ab-

schluss. Dazwischen lagen 42 Veranstaltungen in den Evangelischen Akademien.

Das Abschlussdokument (S. 23) insistiert auf der Relevanz einer sicherheits- und friedenspolitischen Konzeption: »Wird die konzeptionelle Frage zukünftig weiter offen gelassen bzw. werden die Entscheidungen situativ getroffen, so wird sich Deutschland seiner internationalen Verantwortung kaum angemessen stellen können und es bleibt ein eher unberechenbarer Partner.« Die Friedensforscherin Martina Fischer (S. 10) fragt kritisch nach, ob »es nur einen Wandel der Diskurse oder auch eine Neubestimmung der Politik« gebe. »So wurden im militärischen Bereich recht überraschende Schritte vollzogen und Fakten geschaffen, die teilweise bedenklich stimmen (...), weil die politischen Richtungsentscheidungen teilweise ohne größere gesellschaftliche Debatte vonstattengingen.« Sie fordert die »grundsätzliche Bereitschaft, Politik wirklich auf die Bearbeitung von Konfliktursachen auszurichten und kohärent zu gestalten.«

Die Bundesregierung hat ihrerseits mit dem Weißbuch 2016 ein Diskursprojekt gestartet, an dem sich die EKD beteiligt. Am 14. Oktober 2015 lud sie zu einem friedenspolitischen Fachgespräch in die Französische Friedrichstadtkirche in Berlin. Dort präsentierten der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm und der Evangelische Militärbischof Sigurd Rink ein Eckpunktepapier zum Weißbuch 2016 (S. 45), mit dem sie die friedensethischen Überlegungen und Positionen der Kirche in diesen Diskurs einbringen.

Die vorliegende Ausgabe setzt die Beschäftigung mit der friedensethischen Debatte fort, die epd-Dokumentation 2015 und 2016 in fünf Ausgaben abgebildet hat (4/15, 16/15, 19/15, 37/15, 3/16).

Uwe Trittman, Studienleiter der Ev. Akademie Villigst und einer der Leiter des Diskursprojekts, hat dafür ein einführendes Vorwort geschrieben.

Die Beiträge sind ohne einleitende Grußformeln dokumentiert.

Quellen:

»... dem Frieden der Welt zu dienen«

Abschlusstagung des Diskursprojekts der Evangelischen Akademien in Deutschland in Kooperation mit der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und mit der Arbeitsgemeinschaft Ethische Bildung in den Streitkräften (AEBIS), 4. Mai 2015, Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin.

Am gerechten Frieden orientieren

Fachgespräch der EKD zum Weißbuch-Prozess, 14. Oktober 2015, Evangelische Friedrichstadtkirche Berlin.
Eine Veranstaltung der EKD in Kooperation mit der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Evangelischen Akademie Villigst

Aus dem Inhalt:**Einführung**

Uwe Trittman 4

**Abschlussstagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen«
der Evangelischen Akademien in Deutschland, Evangelische Friedrichstadt-
kirche, Berlin, 4.5.2015**

Dr. Sigurd Rink:
«Bis an die Grenzen der Diplomatie«. Begrüßung und Impuls auf der
Abschlussstagung des Diskursprojekts 6

Renke Brahm:
Zivile Außenpolitik als prima ratio – Weichenstellungen für die Zukunft.
Notizen zur Veranstaltung und der Versuch einer Bündelung 8

Dr. Martina Fischer: Kommentar zum Diskursprojekt der Evangelischen
Akademien 10

Stephan Steinlein:
Bis an die Grenzen der Diplomatie. Deutschlands Verantwortung für den Frieden 18

»... dem Frieden der Welt zu dienen« - Ergebnisse und Empfehlungen des
Diskursprojekts der Evangelischen Akademien 23

**Fachgespräch der EKD zum Weißbuch-Prozess, Evangelische Friedrichstadt-
kirche, Berlin, 14.10.2015**

Renke Brahm und Dr. Sigurd Rink:
Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche
Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016 45

Einführung

Von Uwe Trittman, Studienleiter an der Evangelischen Akademie Villigst

Die internationale Staatengemeinschaft und die Bündnissysteme haben seit 1990 auf die aktuellen Konflikte und globalen Herausforderungen noch keine befriedigenden Antworten gefunden. Um Deutschlands Rolle in der Welt wird gerungen – die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich angesichts der aktuellen Krisen und gewaltsam ausgetragener Konflikte, angesichts von massiv gestiegenen Fluchtbewegungen und terroristischen Angriffen neuen, strategisch-politischen Fragen stellen. Deutschland wird als Bündnispartner international stärker in die Pflicht genommen und sieht sich mit neuen diplomatischen Aufgaben wie auch mit Forderungen nach zusätzlichem militärischem Engagement konfrontiert. Gefragt ist auch auf europäischer Ebene eine Strategie, die konsequent die zivilen Mittel der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung einsetzt und die militärische Intervention auf den äußersten Fall beschränkt.

Mit der Maxime in der Präambel des Grundgesetzes »...dem Frieden der Welt zu dienen« sind die Programmatik und die normativen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik gesetzt. Die ethische wie politische Reflexion eines so zentralen Politikfeldes hat jedoch in den zurückliegenden 25 Jahren nur schwer an kontinuierlicher öffentlicher Aufmerksamkeit gewinnen können. Ein Beispiel für die fehlende Verständigung über Ziele und Mittel deutscher Außenpolitik und die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die sich einerseits auf Peacebuilding und zivilen Aufbau beschränken, andererseits die Realität von Militäreinsätzen im Blick haben, ist die Beteiligung der Bundeswehr am Kampfeinsatz in Afghanistan. Die heftige Kontroverse etwa um den Satz der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 »Nichts ist gut in Afghanistan« vermochte bestenfalls kurzfristig die Debatte um die strategische Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu befördern, die Initiierung eines breiteren und kontinuierlich geführten fachlichen wie gesellschaftlichen Diskurses gelang damit jedoch nicht.

In diesem Zusammenhang entschlossen sich die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD), mit einem längerfristig angelegten Diskursprojekt zu reagieren. Dabei waren drei Zielsetzungen leitend: Evaluation, Ethische Reflexion und Unterstützung der Policy-Entwicklung. In unterschiedlichen öffentlichen und geschlossenen Ver-

anstaltungsformaten (Diskurstagungen, Workshops mit geladener Fachöffentlichkeit, Abendforen für ein breit interessiertes Publikum sowie sog. »Kamingesprächen Sicherheitspolitik« zwischen Spitzenvertretern aus Kirche und Politik) konnten sowohl die friedensethischen Diskurse innerhalb der Kirchen als auch die außen- und sicherheitspolitischen Debatten systematisch angegangen und aufeinander bezogen werden.

Die hier vorliegenden Beiträge dokumentieren in einem ersten Teil die Ergebnisse und Empfehlungen aus dem Diskursprojekt der EAD und deren kritische Reflexion durch Vertreter_innen aus Kirche, Politik und Wissenschaft. Für das friedensethische Nachdenken in den Kirchen wird es zukünftig darauf ankommen, sich verstärkt mit der Frage auseinander zu setzen: Inwieweit sind das »Leitbild des gerechten Friedens« und die »vorrangige Option für Gewaltfreiheit« tragfähig angesichts der aktuellen Herausforderungen und wie lassen sich diese Paradigmen angemessen operationalisieren. Friedenspolitisch wird es darauf ankommen, die Außenpolitik weiter konsequent am Friedensgebot des Grundgesetzes auszurichten. Die zentrale Aufgabe dabei ist die aktive Schaffung von Bedingungen, die Frieden ermöglichen und nachhaltig sichern. Das ist nur möglich, wenn die real wirkenden Faktoren von Sicherheit systematisch ernst genommen und angemessen bearbeitet werden, diese zugleich aber in eine konsequente Friedenspolitik eingebunden werden. Wird die konzeptionelle Frage zukünftig weiter offen gelassen bzw. werden die Entscheidungen situativ getroffen, so wird sich Deutschland seiner internationalen Verantwortung kaum angemessen stellen können.

Ergänzend wird im zweiten Teil der Dokumentation das Eckpunktepapier der EKD zum »Weißbuch-Prozess« aufgenommen: »Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik«. Die EKD begrüßt darin ausdrücklich die Bereitschaft, erstmals dieses strategische Dokument einem breiten und partizipativen öffentlichen Prozess zu unterziehen. Zentrale friedenspolitische Forderung bleibt das Ziel eines kohärenten und zukunftsfähigen friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts, das sich am Leitbild des gerechten Friedens orientieren muss. Ausdrücklich verweist das Eckpunktepapier auf die sogenannten »Friedensziele« der im September

2015 in New York verabschiedeten globalen Entwicklungsagenda. Mit der Zustimmung zu dieser Agenda habe sich Deutschland dazu verpflichtet, einen entscheidenden Beitrag zur Transformation in Richtung einer gerechteren und nachhaltigen Entwicklung zu leisten: »Ohne die Definition von klaren Kriterien für Rüstungsexporte und eine konsequente ressortübergreifende Friedens- und Entwicklungspolitik wird Deutschland der eingegangenen Verpflichtung nicht gerecht werden können«.

Die politische wie gesellschaftliche Bereitschaft zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Strategieentwicklung scheint aktuell günstig und

zugleich drängend zu sein. Der Anspruch, konkurrierende Politikziele zu einem kohärenten friedenspolitischen Leitbild zusammenzuführen, bleibt weiter aktuell und bedarf des fortgesetzten politischen, fachlichen und öffentlichen Diskurses. Dabei gilt es, zukünftig verstärkt den Fokus auch auf die Einbeziehung der internationalen Diskurse – vor allem in transatlantischer Perspektive – zu richten. Die Evangelischen Akademien in Deutschland wollen dies weiterhin befördern und kritisch begleiten und setzen deshalb das Diskursprojekt »dem Frieden der Welt zu dienen« mindestens bis 2017 fort (www.evangelische-akademien.de/friedenderwelt). 

»Bis an die Grenzen der Diplomatie«. Begrüßung und Impuls auf der Abschlussstagung des Diskursprojekts

Von Dr. Sigurd Rink, Bischof für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr

Abschlussstagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen« der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin, 4.5.2015

Zur öffentlichen Verantwortung von Kirche zählt der Selbstanspruch, unbequeme Fragen zu stellen. Mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 hat sich die evangelische Kirche zur »Schuld des Schweigens« während der Zeit des Nationalsozialismus bekannt. Zugleich hat sie ihre aktive Mitverantwortung für den Wiederaufbau und die Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland betont. Das Diskursprojekt »... dem Frieden in der Welt dienen« steht in dieser Tradition mit seinem Anspruch, die Ziele, Strategien und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik kritisch zu hinterfragen, eine breitere gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung anzuregen und zugleich auch die Policy-Entwicklung in diesem Feld zu unterstützen. Deswegen war und ist es uns als Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr ein großes Anliegen, dieses Diskursprojekt der evangelischen Akademien in Deutschland zu unterstützen und auch inhaltlich zu begleiten.

Dass die große Frage nach Deutschlands Verantwortung in der Welt im Projektverlauf so viel Aufmerksamkeit erhalten würde, war bei der Konzeption des Diskursprojektes nicht absehbar. Wir alle haben atemraubende Monate hinter uns. Der Ukraine-Konflikt und die immer sichtbarer werdenden Brüche im Verhältnis zu Russland, die Ausläufer der Wirtschaftskrise, der IS-Terror in Nord-Irak und Syrien, aber auch Debatten um den Wert und Schutz von Menschenleben – sei es in der Flüchtlingsfrage oder im Hinblick auf die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen – das Jahr 2014 hat uns national wie international vielfach zur Reflexion herausfordert. Zugleich häuften sich die Jahrestage, die uns die Schrecken des ersten und zweiten Weltkriegs erinnern ließen. »Krieg ist eine Geißel« – das ist die Lektion, die nicht nur die Deutschen, sondern die Vielzahl der Völker aus dieser Zeit mitnahm und in der Charta der Vereinten Nationen festhielt. In den letzten Monaten jedoch mussten wir erfahren, wie sehr sich die Narrationen im Rahmen der Erinne-

rungskultur mit der Zeit auseinander bewegen können und dass auch geltende internationale Verträge kein Garant sind für langfristigen Frieden. Auch in der Friedensethik stehen wir vor neuen Herausforderungen: Inwieweit sind das »Leitbild des gerechten Friedens« und die »vorrangige Option der Gewaltlosigkeit« noch tragfähig angesichts der neuartigen Konfliktlagen?

Ich bin froh und dankbar, dass in unserem Land derzeit in intensiveres Nachdenken über außen- und sicherheitspolitische Fragen stattfindet. Die ungeahnte Brutalität der jüngsten Konflikte, multipolare und asymmetrische Konstellationen, innerstaatliche Krisen und das machtvolle Agieren nichtstaatlicher Akteure werfen Fragen und Ängste auf, auf die wir als internationaler Partner wie als demokratische Gesellschaft mit Bedacht reagieren müssen. Zugleich erfordern die neuen geopolitischen Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten, Afrika und auch Europa sowie ökonomische Kräfteverschiebungen und neue Weltmächte tieferegehende Analysen. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Politik ihre Diskurse in Richtung Gesellschaft öffnet, Fragen wie Emotionen Raum gibt und sich in ihrem Handeln erklärt. Der Review-Prozess des Auswertigen Amtes wie auch der begonnene Weißbuchprozess können hier als Meilensteine gelten. Trotz dieser Bemühungen jedoch zeichnet sich ab, dass sie vorerst nicht zu einer integrierten Gesamtstrategie im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik führen werden, die als gemeinsame normative Grundlage im Sinne eines friedenspolitischen Leitbildes dienen könnte. Ebenso weit entfernt sind wir von einem außen- und sicherheitspolitischen Konsens in unserer Gesellschaft. Beides jedoch ist von zentraler Bedeutung nicht zuletzt auch für die Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, die nicht selten eine klare Legitimation sowie gesellschaftlichen Rückhalt für ihre Aufgabe vermissen.

Mit unserem Diskursprojekt haben wir die letzten drei Jahre zum gesellschaftlichen Nachdenken beigetragen, wir haben uns aus friedensethischer Sicht wichtige Punkte angesprochen, Akteure zusammengebracht und Fragen aufgeworfen. Hierfür bin ich allen Beteiligten sehr dankbar, den hochengagierten Studienleiterinnen und -leitern

der Ev. Akademien und der FEST wie auch den beteiligten Mitgliedern der »Arbeitsgemeinschaft ethische Bildung in den Streitkräften«. Lassen Sie

uns hier gemeinsam weiterarbeiten in Verantwortung vor Gott und den Menschen und in der Hoffnung auf seinen Segen. 

Zivile Außenpolitik als prima ratio – Weichenstellungen für die Zukunft.

Notizen zur Veranstaltung und der Versuch einer Bündelung

Von Pastor Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Abschlussstagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen« der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin, 4.5.2015

1. Hat das Projekt etwas bewegt? Erfolg des Projektes

- Das Projekt hat Akteurinnen und Akteure zusammengeführt, die sonst nicht miteinander im Gespräch gewesen wären.
- Das Projekt hat einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Diskurs geleistet. Auch wenn kein unmittelbarer Zusammenhang herzustellen ist, so können Impulse u.a. für den Review-Prozess des Auswärtigen Amtes oder die Entwicklung eines Weißbuches der Bundesregierung unter Beteiligung verschiedener Akteurinnen und Akteure – auch zivilgesellschaftliche – gegeben werden. gerade der Weißbuch-Prozess ist in dieser Weise der Beteiligung immer wieder von Vertretern der EKD eingefordert und vorgeschlagen worden.
- Das Projekt hat Themen und offene Fragen identifiziert und zur Weiterarbeit formuliert.
- Reicht es, offene Fragen und Themen zu identifizieren? Sollten es nicht mehr Antworten sein? Es ist die erste und vornehmste Rolle der Kirche und einer kirchlich verantworteten Friedensethik, Fragen zu stellen, grundsätzliche, normative Überlegungen einzubringen – und nicht selbst Politik zu machen.
- Es ist eine Herausforderung und Notwendigkeit für die Evangelische Kirche selbst, die Friedensethik weiter zu entwickeln. dazu muss es auch genügend Lehrstühle und Forschung an den Universitäten geben. Hier gibt es aber eher einen Nachholbedarf.
- Die ökumenische Dimension ist unbedingt bei einer Fortsetzung des Projekts einzubeziehen. Das Leitbild des Gerechten Friedens ist von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan/Südkorea im Jahr 2014 als ökumenisches Leitbild bestätigt worden. Wir

müssen und können im Dialog mit den ökumenischen Partnerinnen und Partnern lernen und so unseren sehr eng auf Deutschland und die deutsche Debatte gerichteten Blick weiten.

2. Weichenstellungen für die Zukunft der Außenpolitik als Friedenspolitik

- Wo werden eigentlich die Weichen gestellt? Es gibt eine Sehnsucht und eine Erwartung – und die Notwendigkeit einer kohärenten Außenpolitik als Friedenspolitik. Dies war und ist auch die Erwartung und Forderung der EKD.
- Vielleicht ist – nüchtern betrachtet – die Forderung nach einem Gesamtkonzept angesichts der vielfältigen, komplexen und immer schneller aufeinander folgenden Krisen zu hoch gegriffen. Dennoch scheint sich Außenpolitik und Krisenbewältigung zurzeit auf sehr kurze Perioden und allein auf kurzfristige Maßnahmen und Konzepte zu reduzieren.
- Wenn nicht ein Gesamtkonzept, so muss es doch ein – vielleicht auch »fluides« – Konzept geben, das vor allem ressortübergreifend entwickelt wird und an dem auch die Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der Kirchen mit einbezogen werden.
- Notwendig ist vor allem eine Offenlegung der Leitgedanken einer deutschen Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Dazu ist vor allem ein Diskurs über Interessen und Werte notwendig. Beides geht zurzeit durcheinander und bleibt damit unklar.
- Vorrangig geht es Analyse, Früherkennung, Krisenprävention und diplomatische, gewaltfreie Konflikttransformation. Dazu müssen die vorhandenen Instrumente wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die Zivilen Friedensdienst (ZFD) deutlich politisch aufgewertet und finanziell besser ausgestattet werden.
- Außenpolitisch sind dabei die nicht-militärischen Instrumente zu stärken. Dazu ge-

hört im europäischen Rahmen vor allem die OSZE. Internationale muss die UN gestärkt werden und mit der OSZE vergleichbare Organisationen und Prozesse für andere Regionen der Welt entwickelt werden.

3. Ursachenbekämpfung

Wichtige Weichenstellungen für die Gemeinschaft der Völker, den Frieden und die deutsche Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik finden im Jahr 2015 statt. Diese widmen sich Themen der Ursachenbekämpfung von Konflikten und dienen dem Frieden.

- Die Konferenz zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in Addis Abeba
- Die Konferenz zur »Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung« in New York im September
- Der Weltklimagipfel in Paris

Deutschland hat hier die Chance, nachhaltige Friedenspolitik in der Ursachenbekämpfung zu betreiben – z.B. durch eine klare Selbstverpflichtung, endlich das Ziel der Millennium-Goals umzusetzen, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. 

Kommentar zum Diskursprojekt der Evangelischen Akademien

Von Dr. Martina Fischer¹, Friedensforscherin und Programmdirektorin der Berghof Foundation, Berlin

Abschlussagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen« der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin, 4.5.2015

In seiner Einführung hat Prof. Haspel dargelegt, dass es dem Diskursprojekt der Evangelischen Akademien gelungen sei, die sicherheitspolitische Community mit Akteuren aus der Friedensbewegung und Zivilgesellschaft zusammenzubringen. Das ist wirklich ein besonderes Verdienst, dazu möchte ich den Akademien gratulieren. Vor allem möchte ich den beteiligten Personen, die sich diesem Dialog über mehrere Jahre hin intensiv gewidmet und mehr als vierzig Tagungen und Workshops durchgeführt haben, ganz herzlich danken.

Ich wurde gebeten, die Ergebnisse und Empfehlungen zu kommentieren, die im Mai 2015 in einem Ergebnispapier dargelegt und öffentlich vorgestellt wurden.

Das Projekt hatte drei Ziele:

1. Evaluation der Strategien, Zielsetzungen und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik;
2. Ethische Reflexion der normativen Prinzipien und Interessen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik;
3. Unterstützung der Policy-Entwicklung; das Projekt hatte letztlich auch zum Ziel, Impulse für die Erarbeitung eines friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzeptes für Deutschland zu geben.

In seinem ersten *Analyseteil* präsentiert das Ergebnispapier eine Reihe von Befunden, die ich sehr nachvollziehbar finde. So sprechen die Autor/innen von einem »Wandel der Diskurse«, der 2014 durch die Reden prominenter Politiker/innen (Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin Von der Leyen) zur internationalen Verantwortung Deutschlands angestoßen wurde. Die Autor/innen kommen zu dem Schluss, dass in den öffentlichen Äußerungen der politisch Verantwortlichen nationalstaatliche Denkmuster weiter-

hin eine starke Rolle spielen, ebenso wie die Kategorie der Bündnistreue. In dem Papier wird daher die berechnete Frage aufgeworfen: »Inwiefern lässt sich unter der faktischen Bedingung des Vorrangs der »Bündnistreue« eigentlich eine friedens- und sicherheitspolitische Konzeption für Deutschland gestalten?«

Im Abschnitt zur *Friedensethik* weisen die Autor/innen des Ergebnispapiers darauf hin, dass die friedensethischen Grundsätze der Evangelischen Kirche Deutschlands (z.B. die EKD Friedensdenkschrift von 2007) eine »normative Spannung« aufweisen: Sie basieren auf einer »prinzipiellen Befürwortung des UN-Systems« einerseits und auf dem »dem Ansatz, die Herrschaft des Rechts international zu stärken«, andererseits, wobei sie aber die begrenzten Mittel der Rechtsdurchsetzung, welche die Charta bietet, »nur partiell zu unterstützen« (S. 8). Für die evangelische Friedensethik werde es daher notwendig sein, das Konzept der menschlichen Sicherheit in theologisch-ethischer Perspektive »weiter auf seine Tauglichkeit zu prüfen« und die Diskurse um Sicherheit und Menschenrechte stärker miteinander zu verknüpfen.

Schließlich wird in dem Papier angeregt, den »Vorrang der Gewaltlosigkeit in einem friedensethischen Gesamtkonzept weiter zu operationalisieren«. Dieser Hinweis erscheint mir zentral und er spricht gewiss vielen der zivilgesellschaftlichen Akteure aus der Seele, die sich hierzulande vor etwa 15 Jahren in der »Plattform Zivile Konfliktbearbeitung« unter eben diesem gemeinsamen Nenner (Primat der zivilen Mittel und Stärkung der Instrumente für den gewaltfreien Zugang zur Transformation von Konflikten, und Prävention von Gewalteskalation) zusammenschlossen.

Das Ergebnispapier kommt zu dem Schluss, eine qualifizierte Diskussion des Konzepts der Schutzverantwortung (»R2P«) müsse Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund stellen und explizit zur »prima ratio« erklären. Außerdem fordert es dazu auf, den Begriff der Sicherheit im Sinne des von den Vereinten Nationen geprägten Konzepts der »menschlichen Sicherheit« (»human security«) zu verstehen und stärker mit den Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit und Fragen globaler Gerechtigkeit zu verknüpfen.

Im Hinblick auf die *Policy-Entwicklung* stellen die Autor/innen zunächst die Frage nach der Bilanz der letzten Dekaden: Wo sind im Hinblick auf die Stärkung der zivilen Ansätze der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung Fortschritte zu verzeichnen, wo stehen wir heute, und welche Instrumente werden in der Zukunft benötigt? Sie fragen weiterhin danach, wie Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt werden kann.

Fortschritte und Defizite im Aufbau von Instrumenten Ziviler Konfliktbearbeitung

Vorbereitung für internationale Missionen

Das Ergebnispapier bilanziert einige Fortschritte, etwa im Hinblick auf die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für die Entsendung von Personal für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Polizisten, Staatsanwälten, Justizpersonal, Verwaltungspersonal und anderen zivilen Expert/innen und Experten, im Kontext von internationalen Missionen und im Rahmen des zivilen Friedensdienstes. Die Autor/innen betonen aber zugleich, die Anstrengungen deutscher Politik dürften sich nicht allein auf die Bereitstellung von Personal für internationale Missionen beschränken, sondern Deutschland solle auch mehr Verantwortung bei deren Konzipierung übernehmen. Ich möchte allerdings zu bedenken geben, dass Letzteres, also die Übernahme konzeptioneller Verantwortung, logisch nur aus dem Erstgenannten folgen kann; nur wer in nennenswerter Weise Beiträge für internationale Missionen leistet, kann schließlich für sich in Anspruch nehmen, diese maßgeblich mitzugestalten. Ich meine, dass im Hinblick auf die deutschen Beiträge zur Entsendung ziviler Expert/innen noch immer gravierende Defizite zu verzeichnen sind. So ist Deutschland bislang den Anforderungen an die Entsendung von Personal in internationale Polizeimissionen und Missionen für den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit über Jahre hin nur unzureichend nachgekommen. Unter außenpolitischen Expert/innen ist eigentlich unstrittig, dass hier noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssten.

Darüber hinaus sollte meines Erachtens aber auch noch mehr unternommen werden, um vor allem die zivilen Möglichkeiten und Ansätze, also die nicht-militärischen Beiträge in der Öffentlichkeit noch stärker sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Dies wurde verschiedentlich in Dialogveranstaltungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren, Mitgliedern des Parlaments und der Regierung diskutiert (einige davon sind in dem Aka-

demienpapier dokumentiert worden). Aber trotzdem mangelt es weiterhin an der Umsetzung.

Aktuell hat es den Eindruck, dass vor allem seitens des Auswärtigen Amts hier ein stärkeres Bemühen um »Leadership« und zum weiteren Ausbau von Instrumenten und Abstimmungsmechanismen für Zivile Krisenprävention gegeben ist. Die Entscheidung, das Zentrum für internationale Friedenseinsätze bis 2016 zu einer Einrichtung auszubauen, die nicht nur Training und Vorbereitung von Expert/innen für internationale Missionen anbietet, sondern auch mit der Sekundierung des Personals für internationale Missionen betraut wird, lässt auf eine Aufwertung und stärkere Gewichtung dieses Bereichs hoffen.

Es wäre meines Erachtens sehr wünschenswert, wenn auch im Hinblick auf den Ausbau der Kapazitäten und Qualifikation für »Mediation« entscheidende Schritte unternommen würden.

Anstrengungen für Ausbildung und Expertise im Bereich der Mediation

Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union haben in den vergangenen Jahren Maßnahmen ergriffen, um Strukturen für die Früherkennung von Krisen zu schaffen. Darüber hinaus bemühen sie sich inzwischen darum, die Kapazitäten für Vermittlung, für »Mediation« in Konflikten zu stärken. Die Peacebuilding Commission der Vereinten Nationen wurde als intergouvernementales Beratungsgremium geschaffen, das Friedensaufbau in kriegszerstörten Ländern begleitet und die Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure koordinieren soll. Ihr kommt zudem Bedeutung bei der Entwicklung von Strategien für den Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften zu. Das Thema Mediation hat dort inzwischen einen hohen Stellenwert und es wurde eine *UN Mediation Unit* geschaffen.

Die EU hat – neben der *Fragility and Crisis Management Unit* in der Generaldirektion für Entwicklungspolitik (DG DEVCO) eine *Abteilung für Konfliktprävention, Friedensförderung und Mediation im European External Action Service* (EEAS) geschaffen. Hierzulande haben NGOs und Forschungseinrichtungen in den vergangenen Jahren verstärkt darauf hingewiesen, dass eine systematische Ausbildung für Mediation in internationalen Konflikten für die deutsche Außenpolitik eine zentrale Herausforderung bildet.²

In Deutschland sind Mediationsverfahren zwar im Umgang mit innergesellschaftlichen Konflikten

auf kommunaler Ebene oder auch in Ergänzung zum Rechtswesen etabliert, aber als Mittel konfliktsensitiver Außenpolitik ist Mediation noch nicht so stark verankert. Das Thema wurde bislang noch immer nicht systematisch in die Diplomatenausbildung integriert, was unbedingt sinnvoll wäre. In der internationalen Konfliktmediation sind Länder wie die Schweiz, Norwegen und Finnland heute führend, Deutschland hingegen hat noch Nachholbedarf.

Eine zentrale Herausforderung liegt weiterhin darin, zum einen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die über entsprechende Expertise verfügen, eng zu kooperieren und zum anderen die Vermittlung spezieller Kenntnisse, die für Mediation in internationalen Konflikten erforderlich sind, in die Vorbereitung angehender Diplomaten zu integrieren. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass diese Botschaft im Auswärtigen Amt inzwischen auf offenere Ohren trifft. 2014 wurde dazu gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und akademischen Einrichtungen eine größere Tagung veranstaltet. Die Frage ist jedoch, was folgt aus dieser Initiative, und wird sie dazu führen, dass Kapazitäten wirklich in einer Weise gestärkt werden, dass Deutschland sich in diesem Feld auf das Niveau anderer Länder (s.o.) vorarbeiten kann.

Im Folgenden möchte ich noch etwas genauer auf den Befund des Papiers eingehen, dass sich in Deutschland ein Wandel der politischen Diskurse vollzogen habe, und dazu auch eigene Beobachtungen beisteuern. Die Frage, die sich mir in diesem Kontext stellt ist: Gibt es nur einen Wandel der Diskurse, oder auch eine Neubestimmung von Politik?

Gibt es nur einen Wandel der Diskurse, oder auch eine Neubestimmung von Politik?

Ich sehe die Entwicklung der letzten Jahre sehr zwiespältig. Auf jeden Fall ermöglichten die Etablierung des ZIF, der Arbeitsgruppe Frieden und Entwicklung (FriEnt), des zivilen Friedensdienstes usw. eine Reihe von Fortschritten im Aufbau ziviler Instrumente. Zudem gab es gerade innerhalb der letzten beiden Jahre auch wichtige Schritte zur Stärkung diplomatischer Initiativen, und gerade auch von deutscher Seite ein Bemühen um abgestimmtes, multilaterales Vorgehen, das insbesondere zu einer Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine Krise führte. Gleichzeitig aber kam es teilweise – vermittelt über die Medien – auch zu einer regelrechten Wiederbelebung

von Stereotypen und Konfrontationsmustern, die aus dem beendet geglaubten Kalten Krieg und Ost-Westkonflikt entlehnt waren. Außerdem wurde in der Frage des Umgangs mit neuen Gewaltakteuren im Nahen und Mittleren Osten in den politischen und medialen Diskursen eine Mischung von Hilflosigkeit und zunehmendem Vertrauen auf die Wirksamkeit militärischer Lösungen erkennbar. So wurden im militärischen Bereich recht überraschende Schritte vollzogen und Fakten geschaffen, die teilweise bedenklich stimmen. Ich persönlich habe die Jahre 2014/15 in doppelter Hinsicht als eine Periode der Neuausrichtung in der deutschen internationalen Politik erlebt, die ich so bis vor kurzem nicht erwartet hätte, und die mich durchaus beunruhigt, erst recht, weil die politischen Richtungsentscheidungen teilweise ohne größere gesellschaftliche Debatte von statten gingen. In dem vorliegenden Ergebnispapier wurden diese Veränderungen nach meiner Einschätzung noch nicht prononciert genug behandelt.

Zu den beiden maßgeblichen Zäsuren, die die vergangenen 24 Monate prägten gehören für mich zum ersten die Entscheidung für Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe an die kurdischen Milizen im Nordirak und zum zweiten die Entscheidung zur Entwicklung und Beschaffung von kampffähigen Drohnen

1. Politische Zäsur: Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe für die kurdischen Milizen im Nordirak

Die Entscheidung der Bundesregierung, unterstützt vom deutschen Bundestag Anfang August 2014, die kurdischen Milizen im Kampf gegen Milizen des islamischen Staats mit Waffen auszustatten, hat nach meinem Eindruck in Teilen der entwicklungspolitisch und friedenspolitisch engagierten Fachwelt, darunter auch in den kirchlichen Hilfswerken, teilweise große Irritation ausgelöst. Ich hatte im Rahmen einer Evaluierung im Sommer 2014 Gelegenheit mit zahlreichen Vertreter/innen solcher Organisationen und Einrichtungen zu sprechen. Dort offenbarten sich mir zum einen große Verunsicherung, Besorgnis und Unverständnis gegenüber dieser Entscheidung. Zum anderen wurde aber auch offen über Zielkonflikte gesprochen, mit denen auch die Aktivist/innen an der Basis ringen. Einige sahen sich in einem Dilemma: sie wollten einerseits an friedlichen Formen des Konfliktaustrags und einer Stärkung der zivilen Elemente deutscher Außenpolitik festhalten, aber gleichzeitig die massiven Menschenrechtsverletzungen und Leiden, die die Kriegs-

handlungen im Nahen und Mittleren Osten, vor allem in Syrien und im Irak mit sich bringen, nicht tatenlos hinnehmen. Es überwogen allerdings die skeptischen Einschätzungen. Ein Argument, das wiederholt gegen eine Abkehr von der bisherigen restriktiven Rüstungsexportpolitik angeführt wurde, lautete, dass es in vielen Weltregionen zahlreiche weitere bewaffnete Konflikte gebe, die von massiven Menschenrechtsverletzungen begleitet seien, in denen man nach derselben Logik ebenfalls an die eine oder andere Seite Waffen liefern könne (oder müsse); jedoch, so fragte eine hochrangige Persönlichkeit aus der kirchennahen Entwicklungshilfe: »Wo soll das denn hinführen? Kommt man damit dem Frieden in der Welt näher?«

Ich teile diese Skepsis. In meinen Augen ist die Entscheidung, zusätzliche Waffen deutscher Provenienz in Krisengebiete zu schicken, keine überzeugende und sachdienliche Lösung. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf ein Interview hinweisen, das die Süddeutsche Zeitung (SZ) im Mai 2015 mit dem Friedensaktivisten Jürgen Grässlin führte. Grässlin hat seit 30 Jahren unermüdlich die Folgen deutscher Rüstungsexportpolitik recherchiert und mit seinen friedenspolitischen Aktivitäten nicht unerheblich dazu beigetragen, dass die deutsche Rüstungsexportpolitik zumindest im Bereich der schweren Waffen inzwischen wesentlich restriktiver gestaltet ist, als in den vorangehenden Jahrzehnten. Er beklagt dennoch zu Recht dass es immer noch zu viele Waffen sind, die deutsche Firmen verlassen (vor allem Kleinwaffen), den Weg nach Übersee nehmen und am Ende in Ländern landen, deren Regime weder die Menschenrechte respektieren, noch an friedlichen Formen des Konfliktaustrags interessiert sind. Grässlin merkte in dem Interview mit der SZ auch an, dass er die Hinrichtungsvideos des Islamischen Staats systematisch auswerte, um zu wissen, welche Gewehre von dessen Kämpfern werden. Zurzeit seien es vor allem Kalaschnikovs, aber auch neue amerikanische M16, die beim Sturm auf Mossul erbeutet wurden, so seine Beobachtung, aber:

»Für mich ist es eine Frage der Zeit, bis IS-Terroristen auch mit G3 und G36 exekutieren. Waffen wandern, sie bleiben meist Jahrzehnte im Einsatz. Und nirgends gibt es eine so hohe Waffendichte wie in dieser Region. Auch Deutschland als viertgrößte Rüstungsexportnation hat massiv Kriegswaffen in den Nahen und Mittleren Osten geliefert. Rüstungsexportpolitik ist weitaus tödlicher, als es Militäreinsätze sind.« (Süddeutsche Zeitung, 2./3. Mai 2015.)

Diese Berichte sollten uns zu denken geben. Sie sollten Anlass bieten, den bisherigen, restriktiven Kurs in der Rüstungsexportpolitik fortzusetzen, der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete untersagt. Gerade im Bereich der Kleinwaffen muss man auf weitere Einschränkungen und internationale Abkommen drängen. Bisweilen werden Restriktionen gerade im Kleinwaffenbereich von den Firmen auch dadurch durchbrochen, dass Know-how statt Hardware exportiert und weitergegeben wird. Es gibt z.B. starke Indizien dafür, dass dubiose Rüstungsgeschäfte der deutschen Firma Heckler & Koch letztlich dazu führten, dass deutsche Waffen trotz Ausfuhrbeschränkungen nach Mexiko gelangten, wo sie im Drogenkrieg zum Einsatz kommen könnten. Die Geschichte des FX-05-Gewehrs, das in Mexiko produziert und nach dem Vorbild deutscher Technologien gefertigt wird, zeigt außerdem, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, die Exportgesetze zu umgehen, etwa, indem man zum einen Rohmaterialien produziert und zum anderen dann die Maschinen dazu liefert, die sie bearbeiten.³

Man muss nicht stolz darauf sein, dass Deutschland weiterhin den vierten Platz auf der Rangliste der internationalen Waffenexporteure einnimmt. Ich meine, dass dies nicht mit einer internationalen Politik vereinbar ist, die für sich in Anspruch nimmt, Krisen und Gewalteskalation vorbeugen zu wollen. Einrichtungen der Evangelischen Kirche und Organisationen, die ihr nahe stehen, sollten immer wieder auf derartige Widersprüche hinweisen und nicht darin nachlassen, auf eine möglichst restriktive Exportpolitik und effektivere Überprüfungsmechanismen zu drängen.

2. Politische Zäsur: Entscheidung zur Entwicklung und Beschaffung von bewaffneten Drohnen

Ende März 2015 wurde eines Abends zu später Stunde publik, dass das BMVg beschlossen habe, gemeinsam mit Frankreich und Italien kampffähige Drohnen zu entwickeln und zu beschaffen. Spätestens 2025 sollen diese in Bundeswehreinheiten nutzbar sein. Die Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über diesen Sachverhalt erfolgte in Form einer Kurzmeldung in den Spätnachrichten der Tagesschau. Auch die Obleute im deutschen Bundestag, die Haushalts- und Verteidigungspolitiker/innen, die das Ministerium am 30. März von dem Plan in Kenntnis setzte, wurden davon überrascht.⁴ Die Meldung vom 30. März hat weder in der Presse noch in den TV-Medien nennenswerten Nachhall oder Wider-

spruch erzeugt. Sie blieb in der Öffentlichkeit irgendwie weitgehend unbemerkt.

Für mich kam diese Nachricht ebenfalls überraschend und ich fand sie sehr beunruhigend. Konsterniert war ich vor allem, weil namhafte politische Akteure, die mit diesen Fragen verantwortlich befasst waren, noch wenige Wochen und Tage zuvor in Veranstaltungen und Fachgesprächen versichert hatten, es gebe in Deutschland einen politischen Konsens darüber, dass eine Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit waffenfähigen Drohnen nicht erwünscht sei und dass dieser auch nicht geplant sei. Noch immer irritiert bin ich angesichts der Beiläufigkeit, mit der sich ein solch grundlegender Paradigmenwechsel in der deutschen Militärpolitik vollziehen konnte.

Ich erachte die Entscheidung zur Entwicklung und Anschaffung von Kampfdrohnen als unvereinbar mit einer friedenspolitisch ausgerichteten Außenpolitik, zum ersten wegen der komplexen und ungeklärten völkerrechtlichen Fragen, die mit ihrem Einsatz verbunden ist, zum zweiten aus ethischen Gründen, wegen der verheerenden und traumatisierenden Folgen, die diese Waffen für die von Drohnenangriffen betroffenen Bevölkerungen haben, und zum dritten, weil ich einen neuen Rüstungswettlauf in diesem waffentechnologischen Bereich befürchte. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland letztlich mit dieser Entscheidung aktiv dazu beitragen wird.

Gerade weil hier die rüstungspolitische Entwicklung weitgehend unbemerkt und undiskutiert vorstattengeht, fände ich es umso wichtiger, dass die Evangelischen Akademien in der Fortsetzung des Projektes »...dem Frieden in der Welt zu dienen« die Debatte zum Thema »Drohnenkriege« auf die Agenda setzen. Es geht darum, die Diskussion mit fachlichen Impulsen zu versehen und gleichzeitig die entscheidenden ethischen und moralischen Fragen zu thematisieren. Gleiches würde ich mir im Hinblick auf das Thema Rüstungsexporte wünschen. Zu beiden Themen sollten die Evangelischen Akademien weiterhin Debatten inszenieren und auch Policy-Empfehlungen geben.

Allerdings – so möchte ich anfügen – muss man sich in der Diskussion um das Für und Wider von Rüstungsexporten tatsächlich weiterhin auch auf starke Widerstände einstellen. Nicht nur in zahlreichen Betrieben und im gewerkschaftlichen Sektor, sondern auch im kirchlichen und kirchennahen Bereich wird das Für und Wider kontrovers diskutiert. Zwar haben friedens- und men-

schenrechtliche Aktivisten sich relativ klar für die Eindämmung von Rüstungsexporten ausgesprochen und große Verdienste daran, dass hierzulande eine immer weitere Einschränkung zumindest im Bereich der Großwaffen durchgesetzt werden konnte. Aber gleichzeitig hört man auch aus Kreisen der evangelischen Christen auch immer wieder das Argument, man solle sich mit Blick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Kritik an der Rüstungsausfuhr zurückhalten. Auch die Begründung: »Wenn wir nicht liefern, tun es andere«, ist keine Seltenheit. Forderungen nach stärkeren Restriktionen und Exportkontrollen sowohl im Bereich der Großwaffen als auch der Kleinwaffen müssen also mit der Suche nach Möglichkeiten der Rüstungskonversion verknüpft werden, Konzepten, die eine Umstellung von militärischer auf zivile Produktion ermöglichen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen, der meines Erachtens für die Ausgestaltung von Friedenspolitik zentrale Bedeutung hat und im Rahmen eines Folgeprojekts der evangelischen Akademien verstärkt aufgegriffen werden sollte: den Diskurs und den Umgang mit Flucht und Migration, in dem es sowohl um menschenrechtliche als auch um friedenspolitische Fragen geht oder besser: gehen sollte.

Flucht und Migration: Ursachen angehen, anstatt Symptome zu bekämpfen

Knapp 60 Millionen Menschen sind inzwischen weltweit auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Umweltzerstörung, viele von ihnen sind auf der Flucht vor Menschenrechtsverletzungen und Gewaltexzessen in Libyen, Syrien und Irak. Die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge verbleibt in den Nachbarregionen. Andere versuchen mit klapprigen Booten unter lebensbedrohlichen Bedingungen nach Europa zu gelangen. Ähnliche humanitäre Dramen spielen sich in der Pazifikregion ab. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International haben die EU-Staaten und auch Deutschland immer wieder dazu aufgerufen, größere Kontingente an Kriegsflüchtlingen aufzunehmen und diesen Schutz zu bieten.⁵ Mein Eindruck ist, dass hierzulande – obgleich das Thema an einigen Orten von rechtsgerichteten Bewegungen für fremdenfeindliche und ausgrenzende Politik instrumentalisiert wird und dadurch die Gefahr besteht, dass mancherorts Abwehrhaltungen verstärkt werden – in der deutschen Bevölkerung gleichzeitig auch starke Wellen der Empathie und Solidarität beobachtbar sind. Es wäre zu hoffen, dass die vielfältigen Gesten der Unterstüt-

zung anhalten und noch verstärkt werden können.

Eine Gefahr sehe ich jedoch darin, dass das Thema Flucht und Migration auch im politischen Diskurs teilweise stark von sicherheitspolitischen Überlegungen bestimmt wird. Der Vorschlag des Bundesinnenministers Thomas de Maiziere, dass eine Rettung der Flüchtlinge aus dem Mittelmeer mit der militärischen Zerstörung der Boote im Mittelmeer einhergehen müsse, zeigte meines Erachtens, dass der politische Diskurs streckenweise auf die Bekämpfung von Symptomen und sicherheitspolitische Fragen verengt wurde. Kann militärisches Schiffe-Versenken hier tatsächlich eine überzeugende Antwort bieten? Ich würde mir stattdessen einen Diskurs wünschen, der nach den Ursachen fragt und Vorschläge zu deren Beseitigung macht.

Zudem meine ich, dass in der sicherheitspolitischen Diskussion die Begriffe überdacht werden sollten. Wenn wir von »Sicherheit« sprechen und sicherheitspolitische Zielsetzungen jenseits der eigenen Landesgrenzen formulieren, müssen wir genau definieren, wessen Sicherheit wir meinen. Sprechen wir von den Sicherheitsinteressen der Bürger/innen in Deutschland? Wie eng fassen wir diese Interessen, meinen wir damit die physische Sicherheit der in Deutschland lebenden Menschen, oder auch die Sicherung ihres Wohlstands (im Sinne der Absicherung von Handelswegen und Rohstoffzugängen, wie es in den aktuell gültigen sicherheitspolitischen Richtlinien fixiert wurde)? Wie verhalten wir uns zu den Sicherheitsbedürfnissen von Bürger/innen am Rande Europas und im globalen Süden? Man kann nicht so tun, als sei all dies ein und dasselbe, das hat auch Prof. Haspel in seinem Eingangsvortrag eindrücklich verdeutlicht.

Ich denke, wir müssen zu einer engen Definition unserer eigenen Sicherheitsinteressen zurückkehren (Sicherheit vor Gewalt und Verteidigung des eigenen Lebens), dürfen uns aber gleichzeitig einem Verständnis von »menschlicher Sicherheit« in anderen Regionen der Welt nicht verschließen.

Überdies gilt es zu verdeutlichen, dass Sicherheit für Bürger/innen hierzulande langfristig nur dann zu haben ist, wenn man sich dafür einsetzt, dass auch im internationalen Umfeld Menschenrechte respektiert werden und wenn Menschen andersorts ein Leben in Würde und mit Entwicklungsperspektiven ermöglicht wird. Wenn man das gewährleisten will, muss man sich vorrangig *mit den Ursachen auseinandersetzen*, den Strukturen

und Ereignissen, die Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen (Kriege und Bürgerkriege, materielle Not, Zerstörung natürlicher Ressourcen und Lebensgrundlagen, politische, ethnische/kulturelle oder religiöse Verfolgung, strukturelle Gewalt und Ungerechtigkeit). Es gilt dann, in Kooperation mit europäischen Partnern und internationalen Organisationen Politik so zu konzipieren, dass diese Ursachen bearbeitet werden können und Gewaltkonflikten vorgebeugt wird. Es geht um nachhaltige Konzepte zur Überwindung von Hunger, Armut und mangelnden ökonomische Perspektiven, zur Vorbeugung von Staatszerfall, Bürgerkriegen und Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig geht es aber auch darum, das *Prinzip der internationalen Schutzverantwortung* (»R2P«) *konsequent auf den Umgang mit Flüchtlingen anzuwenden*.

Ausblick: Friedenslogik in der deutschen internationalen Politik stärken

Das Schlusskapitel des Ergebnispapiers der Evangelischen Akademien ist überschrieben mit der Aufforderung: »Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken«. Diese Empfehlung scheint mir zentral und ich würde sie vorbehaltlos unterschreiben. Friedenslogik ist hierzulande bislang nicht das tragende Element der Politik gewesen. In der Konzeption internationaler Politik (und in der Wahrnehmung zahlreicher Medien) ist Sicherheitslogik weiterhin stark ausgeprägt und droht immer wieder Friedenslogik zu überlagern. Die Tücken der Sicherheitslogik hat Sabine Jaberg in einem Beitrag für die Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden* anschaulich dargelegt: sie ist selbstreferentiell (erhebt die eigenen Interessen zur einzig relevanten Kategorie, hegt einen prinzipiellen Feindverdacht gegen andere Akteure und blendet strukturelle Ursachen und eigene Anteile am Problem aus; sie neigt zur Dramatisierung und damit letztlich auch zu einer Eskalation im Handeln.⁶

Friedenslogik erfordert eine grundsätzliche Bereitschaft, Politik wirklich auf die Bearbeitung von Konfliktursachen auszurichten und kohärent zu gestalten. Trotz vielfältiger politischer Bekundungen und hoffnungsvoller Ansätze zur Stärkung ziviler Instrumente der Krisenprävention gehen diese Maßnahmen auch weiterhin mit Entscheidungen einher, die friedenspolitischen Zielsetzungen zuwider laufen. Es fehlt also bislang am politischen Willen, Regierungshandeln wirklich kohärent zu gestalten. Es genügt nicht, über »vernetzte Ansätze« zu diskutieren, wenn damit nicht mehr als das Zusammenwirken ziviler und

militärischer Akteure gemeint ist. Eine kohärente Politik der Krisenprävention setzt vielmehr voraus, dass man sicherstellt, dass Anstrengungen, die in einem Bereich – etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, in der Außenpolitik, der Auswärtigen Kulturpolitik, oder in der Menschenrechtspolitik unternommen werden, nicht durch die Politik anderer Ressorts (z.B. durch die Außenwirtschafts- oder Rüstungsexportpolitik) unterlaufen wird.

Die Antwort auf die Frage, wie Deutschland Verantwortung in der Welt übernehmen soll, und wofür, wird derzeit von den unterschiedlichen Ressorts diskutiert. Prof. Haspel hat in seinem Vortrag einige wichtige Stichworte genannt: den »Review-Prozess«, den das Auswärtige Amt (AA) durchlaufen hat, und die »Zukunftscharta« des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Neben dem Bemühen des AA und des BMZ gibt es aber noch eine weitere, durchaus einflussreiche, Diskursebene: Auch das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) hat inzwischen eine Serie von Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der Wissenschaft, des Parlaments und einschlägigen think-tanks gestartet, um ein neues Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Operationalisierung der Aufgaben der Bundeswehr zu erstellen. Die Evangelische Akademie Loccum warf daraufhin in einer Dialogveranstaltung die Frage auf, ob und in welcher Weise die Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Akteure in diesem Prozess zu Wort kommen können und sollten. Ich meine, dass die Zivilgesellschaft, also auch die Kirchen und kirchliche Hilfswerke, evangelische Akademien, institutionalisierte oder nicht institutionalisierte Glaubensgemeinschaften diesen Prozess durchaus aufmerksam beobachten und auch kommentieren sollten. Eine kritische Begleitung des Weißbuchprozesses von zivilgesellschaftlicher Seite scheint mir gerade wegen der in diesem Beitrag erwähnten Zäsuren in der Rüstungsexport- und Beschaffungspolitik unerlässlich. Außerdem ist es wichtig zu verdeutlichen, dass Sicherheitspolitik keine unabhängige Größe, sondern eine abhängige Variable ist, die von einem politischen Leitbild abgeleitet werden muss, das die Zielsetzungen der internationalen Politik Deutschlands für alle Ressorts verbindlich beschreibt.

Viele der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich hierzulande in den letzten 15 Jahren für die Stärkung von Ansätzen ziviler Krisenprävention und den gleichnamigen Aktionsplan eingesetzt haben, wiesen darauf hin, dass ein verbindliches und

prägnantes *friedenspolitisches* Leitbild fehlt, von dem die Politik der einzelnen Ressorts abgeleitet werden müsste. Eigentlich wäre es wünschenswert gewesen, ein solches Leitbild zu formulieren und zu kommunizieren, bevor man ein neues Weißbuch erstellt. Erst davon abgeleitet können die Instrumente, über die einzelne Ressorts verfügen, operationalisiert werden. Eine kritische Begleitung der Zivilgesellschaft ist also erforderlich um zu verhindern, dass sich im sogenannten »Weißbuchprozess« spezifische Ressortsichtweisen durchsetzen und Sicherheitslogik dann letztlich die Debatte um die Frage, wie Deutschland im Sinne einer Friedenslogik international Verantwortung übernehmen sollte, wieder dominieren wird.

Es geht darum zu verdeutlichen, dass Militär in der Krisenprävention und beim Friedensaufbau in Nachkriegsregionen klar definierte, aber eben insgesamt nur sehr begrenzte Aufgaben übernehmen kann. Militär kann dazu beitragen, Waffenstillstände zu überwachen und in Friedensvereinbarungen vereinbartes Recht abzusichern, Kampfmittel zu beseitigen, Abrüstungs- und Demilitarisierungsmaßnahmen zu kontrollieren, vertrauensbildende Maßnahmen in der Rüstungskontrolle mit zu gestalten und die Reform von Militärapparaten in Nachkriegsregionen unterstützen. Für alles andere aber werden umfangreiche zivile und polizeiliche Instrumente benötigt, für deren Ausbau erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, damit nicht immer wieder aus Mangel an verfügbarem zivilen Personal Soldaten mit Aufgaben betraut werden müssen, die streng genommen gar nicht in ihrem Kompetenzbereich liegen.

Erstaunlicherweise findet man Fürsprecher für diese Sichtweise gerade unter den Militärangehörigen selbst. Ein hochrangiger, in Auslandseinsätzen erfahrener Bundeswehroffizier betonte kürzlich in einem Fachgespräch, es wäre wichtig, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch in den Reihen der Streitkräfte »wieder und wieder zu verdeutlichen, dass es nicht das BMVg ist, das die deutsche Politik in der Welt definiert, sondern das Auswärtige Amt«, die Außenpolitik sei »im lead«, wenn es darum gehe, festzulegen, wie Deutschland internationale Politik gestalten soll. Die vom BMVg geführten und implementierten Maßnahmen hätten allenfalls eine umsetzende Funktion. Weiterhin forderte der nämliche Befehlshaber, man müsse der deutschen Öffentlichkeit vermitteln, dass die zivilen Instrumente für Krisenprävention ausgebaut werden müssten, auch wenn sie kostspielig seien und sich auf

Friedenssicherung in entfernten Weltregionen richten, um zu verhindern, dass Krisen gewalt-sam eskalieren; man müsse verdeutlichen, dass diese Maßnahmen notwendig seien, »eben damit kein Militär entsandt werden muss« und dass dies den Steuerzahler »am Ende auch deutlich billiger« käme.

Ich würde mir wünschen, dass diese Vorschläge von Regierung und Parlament beherzigt und in der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien stärker berücksichtigt würden. Auch dafür wäre ein Leitlinienpapier hilfreich, das sich auf Friedenslogik gründet. Ein solches Konzept müsste die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die völkerrechtlichen Normen und den weltweiten Schutz von Menschenrechten zum obersten Prinzip erheben; es müsste vor allem die Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Regionalorganisationen in den Vordergrund stellen, und Bündnispolitik in diese übergeordneten Ziele einordnen. Es sollte zudem die Verpflichtung gegenüber globalen Vereinbarungen (z.B. den Millennium Development Goals und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte) explizit machen. Es sollte außerdem verdeutlichen, dass die Friedensfähigkeit sowohl der staatlichen als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure weiter entwickelt werden muss und dass die Erfahrung von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, sowie von »Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Friedens- und Entwicklungsdiensten, in der Friedensbildung oder bei Beteiligungs- und Beratungsverfahren in politischen und sozialen Konfliktfeldern auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene engagieren«, einbezogen werden muss.⁷ Von einem solchen Grundsatzpapier könnte dann auch die Operationalisierung der unterschiedlichen Instrumente der einzelnen politischen Ressorts konsequent abgeleitet und aufeinander abgestimmt werden.

Anmerkungen:

¹ Dr. Martina Fischer ist zudem Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags.

² Mitarbeiter/innen des ZIF, der Berghof Foundation, Inmedio und CSSP haben dazu Hintergrundpapiere und ein gemeinsames Policy Paper erarbeitet. Vorschläge dazu finden sich auch in einer Handreichung, die die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit dazu veröffentlicht hat, vgl. GIZ (Hg.), *Mediation in der Entwicklungszusammenarbeit*, Eschborn 2013.

³ Die Staatsanwaltschaft Stuttgart führt dazu ein Vorermittlungsverfahren, AZ 143 Js 19554/14. Siehe dazu den ausführlichen Hintergrundbericht von Amrai Coen und Hauke Friedrichs, *Gewehre für den Drogenkrieg*, in *Die Zeit* No 25, 18.6.2015, S. 22-23.

⁴ Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesweh-ursula-von-der-leyen-laesst-kampfdrohnen-entwickeln-a-1026373.html>

⁵ Vgl. die Rede von Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International am 6. Juni beim 35. Evangelischen Kirchentag in Stuttgart bei der Veranstaltung »Menschenrechte weltweit verteidigen«, Porsche-Arena; erscheint auszugsweise in: *Taschenbuch des Kirchentags*, DEKT, Fulda (2015).

⁶ Sabine Jaberg, *Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen*, in *Wissenschaft & Frieden*, Dossier Nr. 75, S. 9, online unter <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=079> (abgerufen am 14.7.2015).

⁷ Hanne-Margret Birckenbach, *Friedenslogik und friedenslogische Politik*, in *Wissenschaft & Frieden*, Dossier Nr. 75, S. 2. online unter <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=079> (abgerufen am 14.7.2015).



Bis an die Grenzen der Diplomatie *Deutschlands Verantwortung für den Frieden*

Von Stephan Steinlein, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Berlin

Abschlussstagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen« der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin, 4.5.2015

Außenpolitik hat derzeit Hochkonjunktur. Spätestens seit der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr ist in der breiteren Öffentlichkeit das Interesse an Außenpolitik und der Frage nach Umfang und Grenzen der internationalen Verantwortung Deutschlands neu erwacht. Beflügelt und genährt wurde die Debatte durch die Fülle von Krisen in unserer Nachbarschaft, die bei vielen unserer Landsleute ein diffuses Bedrohungsgefühl, ja bei nicht wenigen sogar offene Kriegsängste ausgelöst haben.

Um allerdings nicht allzu schnell bei den aktuellen Krisen anzukommen, sondern – wir sind ja in der Evangelischen Akademie – eine gewisse Flughöhe zu gewinnen, möchte ich mit zwei kurzen Rückblenden beginnen.

Das Thema »deutsche Verantwortung in der Welt« ist, bei aller Aktualität, ja durchaus nicht neu! Ganz im Gegenteil: Es gibt in der deutschen Außenpolitik eine erstaunliche Kontinuität. Auch was die Diskussion um deutsche Verantwortung betrifft!

Erste Rückblende: 16. November 2001, Deutscher Bundestag. Gerhard Schröder verbindet den Antrag für einen Bundeswehreininsatz in Afghanistan mit der Vertrauensfrage, die er knapp gewinnt. Es beginnt ein bis heute andauerndes Engagement, das die friedenspolitische Debatte der letzten Jahre entscheidend geprägt und den Charakter der Bundeswehr grundlegend verändert hat.

Zweite Rückblende: 13. Februar 2003, wieder Deutscher Bundestag. Derselbe Gerhard Schröder gibt eine Regierungserklärung ab unter dem Titel »Deutschlands Verantwortung für den Frieden« – exakt die Formulierung aus dem Titel der heutigen Veranstaltung.

In ihr begründet er das deutsche Nein zum Irakkrieg und schlägt – am Ende vergeblich – eine letzte diplomatische Initiative zur friedlichen Abrüstung des Irak vor.

Der weitere Gang der Ereignisse ist bekannt. Die Amerikaner lassen sich auf keine weitere diplomatische Anstrengung ein und stürzen Saddam Hussein gewaltsam von seinem Thron – mit allen Folgen, an denen die Welt bis heute zu tragen hat. Das Nein Schröders ist, anders als sein Ja zum Afghanistan-Engagement, heute nicht mehr umstritten und wurde für viele zum eigentlichen Beginn einer selbstbewussten deutschen Außen- und Friedenspolitik.

Ich habe im Bundeskanzleramt die Entstehung beider Reden aus nächster Nähe miterlebt. Ich habe gesehen, dass in solchen existenziell-politischen Momenten die Instrumente, die Sie in Ihrem Papier vorschlagen, Staatssekretärsrunden und Strategiepapiere, leider keine wirkliche Hilfe sind. Um beide Entscheidungen wurde in kleinem Kreis hart gerungen. Sowohl 2001 als auch 2003 ging es um alles oder nichts, standen die Reputation unseres Landes und das politische Überleben der Bundesregierung auf dem Spiel.

Beide Entscheidungen gelten heute Wegmarken deutscher Außenpolitik. Und beide stehen in ihrer Komplementarität, nicht Gegensätzlichkeit!, für das dialektische Spannungsverhältnis, in dem sich deutsche Außenpolitik seit Jahrzehnten bewegt hat – und immer noch bewegt.

Wir sind auf der einen Seite Teil des westlichen Bündnissystems. Damit einhergehen Erwartungen und Verpflichtungen – politischer, aber auch militärischer Art. Wenn ein Bündnispartner wie die USA angegriffen wird, dann muss er sich auf unsere Unterstützung verlassen können. Und die kann nicht nur in Lippenbekenntnissen bestehen.

Und wir haben auf der anderen Seite, gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, einen besonderen Anspruch und eine besondere Verantwortung, den Weg der Diplomatie, des Dialogs und des friedlichen Ausgleichs, weiter zu gehen, ja selbst dann noch auf diesem Weg zu bleiben, wenn auch enge Bündnispartner schon längst auf andere Pfade eingeschwenkt sind.

Beide Achsen, die Achse der Bündnissolidarität und die besondere Verpflichtung zur friedlichen Konfliktbeilegung, prägen spätestens seit Willy Brandt und seiner Entspannungspolitik die deut-

sche Außenpolitik. Willy Brandt selbst, Dietrich Genscher und alle ihre Nachfolger haben sich auf diesen beiden Achsen bewegt. Und bei der Ausformulierung und Begründung dieser zweigleisig ausgelegten deutschen Außenpolitik haben Evangelische Akademien in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt.

Ich betrachte die heutige Veranstaltung und das von Ihnen vorgelegte Papier als Fortsetzung eines Dialogs, der spätestens mit der berühmten Tagung in Tutzing im Jahr 1963 begonnen hat. Und der zwischendurch leider etwas eingeschlafen war.

Ich habe eben mit Blick auf die beiden Achsen – Bündnissolidarität und besondere Verpflichtung zur friedlichen Konfliktbeilegung – die Kontinuität deutscher Außenpolitik betont. Aus guten Gründen und belehrt durch die Fehler unserer Vergangenheit hat deutsche Außenpolitik immer das Element der Verlässlichkeit ganz nach vorn gestellt. Deutsche Außenpolitik muss lesbar sein.

Denn sobald sie es nicht mehr ist, werden alte, unter der Oberfläche schlummernde Ängste wieder wach.

Aber natürlich trifft diese Kontinuität deutscher Außenpolitik auf erhebliche Diskontinuitäten in der Welt um uns herum.

Um ernsthaft ins Gespräch zu kommen, Tutzing II, müssten wir uns zunächst einmal darüber verständigen, wie wir beschreiben wollen, was in der Welt um uns herum passiert – eine analytische Aufgabe, die in dem von Ihnen vorgelegten Papier leider noch ein wenig kurz kommt. Dieses Papier kreist noch viel zu sehr um Deutschland, um unsere Befindlichkeiten, und ist, zumindest für meine Begriffe, noch zu wenig analytisch, zu wenig neugierig – kurz: zu wenig welthaltig.

Wir brauchen aber viel mehr Analyse, viel mehr Weltwissen, eine bessere Begrifflichkeit für das, was jenseits unserer Grenzen passiert. Eine neue Unübersichtlichkeit hat die die zynische Ordnung des Kalten Krieges abgelöst. Der kurze, magische Moment von 1989, in dem einige schon das Ende der Geschichte und den endgültigen Triumph der westlichen Demokratie herausziehen sahen, ist lange vorbei. Die tektonischen Platten der Weltpolitik sind in Bewegung geraten. Neue Mächte wie China und Indien drängen selbstbewusst nach vorn. Der Westen, obwohl politisch, wirtschaftlich und militärisch immer noch die Nummer Eins, ist nicht mehr das selbstverständliche

Gravitationszentrum, um das sich die ganze Welt dreht. Und das hat Konsequenzen für unser Welt- und Geschichtsbild, auch für unser christliches Selbstverständnis, die wir noch gar nicht ausgelotet haben. Christus als Mitte der Geschichte, das war für Hegel und seine Zeitgenossen noch relativ klar. Aber was bedeutet das in der historischen Perspektive von Peking oder New Delhi, wo das Römische Reich nur eins unter vielen und die Geschichte des Abendlandes mit ihren Karls und Ottos und Ludwigs nur ein historisches Randphänomen ist.

In einigen Teilen der Welt, im Nahen Osten, in Nordafrika, erleben wir den Zusammenbruch der nationalstaatlichen Ordnung, wie sie sich nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Neue Akteure wie ISIS stellen die moderne Staatlichkeit als solche in Frage. Ja, und auch nach Europa ist das Gespenst des Krieges – Stichwort Ukraine – zurückgekehrt!

Die internationale Ordnung, wie sie sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über 70 Jahren herausgebildet hat, steht unter massivem Druck. Ihre Leitinstitutionen, die Vereinten Nationen, die Weltbank und der IWF, in Europa die OSZE, erscheinen angesichts der Fülle der Konflikte und ihrer Komplexität überfordert und schwach. Überall wird verzweifelt nach Akteuren, staatlicher und nichtstaatlicher Art, gesucht, die die bestehende Ordnung stabilisieren und auf die neuen Anforderungen ausrichten können.

Das ist die Stelle, an der sich die Augen erwartungsvoll auf Deutschland richten. Gewachsene Verantwortung ist keine, nach der wir uns drängen, es ist eine, die an uns herangetragen, ja manchmal geradezu aufgedrängt wird!

Wir sind das größte und wirtschaftlich stärkste Land Europas. Unsere Demokratie ist gefestigt, unser innerer Frieden nicht bedroht. Wir haben die Wiedervereinigung bewältigt. Wir haben einen schwierigen Prozess innerer Reformen – die Agenda 2010 – erfolgreich zu Ende gebracht. Wenige Länder auf der Welt stehen so da.

Wenn ich das sage, dann nicht, weil ich mit einer rosa Brille durchs Leben laufe und nicht wahrhaben will, dass vieles bei uns noch im Argen liegt. Ich beschreibe nur, wie unser Land draußen in der Welt wahrgenommen wird!

Und dann heißt es weiter, wenn man mit anderen im Ausland spricht: Ihr Deutschen habt über die letzten Jahrzehnte wie kaum ein anderer von der

bestehenden Ordnung profitiert: vom freien Welt-handel, von sicheren Verkehrswegen, vom wissenschaftlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg. Deshalb rechnen wir jetzt auch auf Euch, wenn es darum geht, diese Ordnung einer vernetzten, interdependenten Welt vor dem Kollaps zu retten, sie nach Möglichkeit inklusiver, gerechter, friedlicher zu machen.

Wie viele von Ihnen wissen, hat das Auswärtige Amt im vergangenen Jahr sich selbst und die deutsche Außenpolitik in bisher präzedenzloser Weise auf den Prüfstand gestellt. Im sogenannten Review-Prozess haben wir uns in einer ersten Phase den kritischen Fragen internationaler Experten gestellt, unter der durchaus provokanten Überschrift: »Was ist falsch an der deutschen Außenpolitik?«

In einer zweiten Phase haben wir dann das Gespräch mit der deutschen Öffentlichkeit gesucht um dann, in einer dritten Phase, Schlussfolgerungen für unsere Strukturen und unsere Arbeitsweise zu ziehen.

Drei Schwerpunkte haben sich im Zuge des Review-Prozesses herauskristallisiert:

Erstens: Wir müssen davon ausgehen, dass die Häufung von Krisen, die wir derzeit erleben, kein vorübergehendes Phänomen ist.

Wenn das aber so ist und wir nicht schnell an die Grenzen unserer Möglichkeiten stoßen wollen, müssen wir unsere Fähigkeiten zum Umgang mit Krisen an das Ausmaß der Krisen anpassen.

Wir müssen besser werden bei der frühzeitigen Identifizierung von krisenhaften Entwicklungen. Wir brauchen mehr Mittel für humanitäre Hilfe, um schnell auf akute Notlagen reagieren zu können.

Wir brauchen mehr zivile Experten, die wir als Berater in Krisengebiete schicken können.

Wir brauchen mehr Polizisten, die beim Wiederaufbau von rechtsstaatlichen Strukturen helfen können.

Wir wollen stärker das Instrument der Mediation nutzen.

Wir brauchen eine bessere Vernetzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. – Das sind stichwortartig einige der Erkenntnisse, die wir im Rahmen unseres Review-

Prozesses gewonnen haben und die wir jetzt dabei sind praktisch umzusetzen.

Der zweite Schwerpunkt: Wenn wir es nicht beim Krisenmanagement belassen wollen, sondern den Problemen an die Wurzel gehen wollen, müssen konzeptionell und praktisch an der internationalen Ordnung von morgen arbeiten.

Die Krise als Dauerzustand ruft nach neuer Ordnung. Aber: Wie sieht eine Weltordnung aus, die nicht mehr von der Dominanz des Westens geprägt ist, sondern in der auch andere große Mächte mit ihren eigenen historischen und kulturellen Prägungen ihren angemessenen Platz finden? Wie kann man in einer Welt multipler Traditionen an der Universalität der Menschenrechte festhalten? Und wie können wir es schaffen, dass die Idee der Demokratie ihre Leuchtkraft behält und nicht als Instrument westlichen Dominanzstrebens verstanden und diskreditiert wird? Das nur einige Fragen, auf die wir stoßen, wenn wir die Frage nach der Ordnung von morgen stellen. Und nicht immer liegen die Antworten auf der Hand.

Deutschland hat sich immer als Anwalt des Multilateralismus verstanden. In diesem Jahr begehen die Vereinten Nationen ihren 70. Geburtstag. Und wir wollen dieses Jubiläum nutzen, um die Vereinten Nationen zu stärken, die bei allen Mängeln noch immer das Rückgrat der internationalen Friedensordnung sind. Ganz konkret fragen die VN uns heute angesichts ihrer vielen Operationen gerade auch in Afrika nach mehr deutschen Polizeiexperten und nach speziellen militärischen Fähigkeiten wie Intelligence und Sanitätskomponenten, die von den traditionellen Truppenstellern aus der Dritten Welt nicht erbracht werden können. Und natürlich brauchen sie unsere Unterstützung bei einer angemessenen finanziellen Ausstattung und der Erarbeitung um Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, um die es beim VN-Gipfel im September diesen Jahres gehen wird.

In Europa übernehmen wir im nächsten Jahr den Vorsitz der OSZE. Lange hat diese Organisation ein Schattendasein geführt, aus dem sie erst der Ukraine-Konflikt geweckt hat. Heute sehen wir, wie wichtig es ist, in Gestalt der OSZE wenigstens über eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur zu verfügen. Auch wenn es gelungen ist, den hybriden Krieg in der Ukraine durch einen hybriden Frieden abzulösen – von einer stabilen Situation sind wir noch weit entfernt. Selbst wenn es gelingen sollte, auf dem in Minsk eingeschlagenen Weg zu halbwegs stabilen Verhältnissen zu

kommen, bleibt die Grundfrage nach dem künftigen Verhältnis zwischen Russland und dem Westen weiter unbeantwortet.

Die Annexion der Krim und die Auseinandersetzung in der Ostukraine haben zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit russischer Zusagen und tiefer Verunsicherung vieler unserer Partner geführt. Es wird viele Jahre Arbeit und viel diplomatische Kreativität erfordern, um die Gefahr eines neuen Kalten Krieges zu bannen und Europa, seine östliche Nachbarschaft und Russland unter der Leitidee eines gemeinsamen Raumes der Sicherheit und Kooperation von Lissabon bis Wladiwostok wieder zusammen zu führen.

Unser dritter Schwerpunkt, den ich nur kurz anreißen will: Europa. Vor einigen Tagen hat Frank Steinmeier die Ausstellung im Deutschen Historischen Museum zu 70 Jahre Kriegsende eröffnet. In seiner Rede hat er einen Bogen geschlagen von der Nachkriegsordnung, die unter dem Motto »Nie wieder!« stand, hin zum heutigen Tag, der zumindest für uns Deutsche unter dem Motto steht »Nie wieder allein!«.

Bei allem Nachdenken über deutsche Verantwortung – wir tragen diese Verantwortung nicht allein. Das vereinte Europa ist unser größter Schatz und die beste Versicherung gegen eine Rückkehr unserer blutigen Vergangenheit. Wir stehen in den nächsten Monaten möglicherweise vor einigen der größten europapolitischen Herausforderungen der letzten Jahre – Stichworte Großbritannien und Griechenland. Und auch wenn wir noch nicht genau wissen, in welcher Form diese Herausforderungen auf uns zukommen werden – wir sollten im Interesse Europas immer bereit sein, auch noch eine Extrameile zu gehen. Ganz im Sinne unserer heutigen Veranstaltung: bis an die Grenzen der Diplomatie.

Und damit komme ich auch zum Schluss meiner Ausführungen: Was sind die Grenzen der Diplomatie?

Meine Antwort in einem Satz: Die Grenzen der Diplomatie sind die Grenzen unserer Sprache. Und die Diplomatie, sofern sie nicht nur routinemäßig betrieben wird, ist per se Grenzgängertum. Sie operiert an der Grenze, wo Sprache versagt. Und versucht, den Raum der Sprache zu erweitern. Weil es ohne Sprache keinen Frieden gibt.

Diplomatie, echte Diplomatie, ist immer da gefragt, wo Konflikte außer Kontrolle zu geraten

drohen und der Umschlag in Gewalt unmittelbar bevor steht. Wo sich Konfliktparteien mit geballten Fäusten gegenüberstehen – ohne gemeinsame Sprache, aber jeder für sich im Gefühl absoluten Rechts.

Es braucht Mut, bis an diese Grenze zu gehen – weil alles, was man an dieser Grenze versucht, mit einem hohen Risiko des Scheiterns behaftet ist. Die Verhandlungen in Minsk waren ein solches Handeln an der Grenze. Und in Situationen wie diesen helfen, Entschuldigung, dass ich darauf zurückkomme, weder Staatssekretärsrunden noch irgendein Strategiepapier. Das einzige, worauf es da ankommt, sind ein klarer Kopf und ein mutiges Herz.

Was man an dieser Grenze der Diplomatie sucht, ist nichts anderes als das rechte Wort. Das verbindet aus meiner Sicht die Diplomatie mit der Theologie.

Der Theologe wie der Diplomat sucht das Wort, das befreit und das versöhnt – in der Diplomatie vielleicht eine Nummer kleiner und bescheidener: die Idee, den Vorschlag, das Wort, das Sprachlosigkeit überwindet, das einen nächsten Schritt hin zu einer friedlichen Lösung gehen lässt.

Diese Idee, dieser Vorschlag, dieses Wort findet sich in keinem Textbuch. Es ist das Ergebnis von langen, oft frustrierenden Gesprächsrunden – denken Sie nur an die Bilder aus Minsk oder aus Lausanne.

Es gehört zu den wunderbaren Wendungen unserer Geschichte, dass Deutschland in solchen Verhandlungen wieder am Tisch sitzen darf. Dass man uns zutraut, den Raum der Sprache und damit den Raum des Friedens zu erweitern. Ja, dass uns viele drängen, in allen möglichen Konflikten eine führende Rolle zu übernehmen.

Deutschland gilt heute als ehrlicher Makler, als fairer Verhandlungspartner. Und das ist, nach allem, was wir in der Vergangenheit getan haben, keine Selbstverständlichkeit.

Ich war vor wenigen Tagen mit dem Bundespräsidenten in Tunesien und Malta. Und die dortige Regierungen haben uns beknet: Kümmert Euch nicht nur um die Ukraine! Kümmert Euch doch bitte mit ähnlichem Einsatz um das, was derzeit in Libyen geschieht!

Auch in solchen Situationen stößt man an Grenzen der Diplomatie! Ich habe mich gefragt: So

richtig es ist, dass in Libyen dringender Handlungsbedarf besteht – irgendwann kommen auch wir an die Grenzen unserer Ressourcen und der eigenen Kraft?

Heute ist Minister Steinmeier nach Ägypten geflogen. Ein Schwerpunkt seiner Gespräche wird die Lage im Nachbarland Libyen sein! 

»... dem Frieden der Welt zu dienen«

Ein Diskursprojekt der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD). Ergebnisse und Empfehlungen

Ein Diskursprojekt der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD)

Abschlussstagung des Diskursprojekts »... dem Frieden in der Welt zu dienen« der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin, 4.5.2015

»... dem Frieden der Welt zu dienen« – Vorwort

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation vor 25 Jahren und den ihr über Jahrzehnte zugrundeliegenden außen- und sicherheitspolitischen Paradigmen begann eine neue Ära deutscher Außenpolitik, die sich einerseits aus dem Erbe der Ära des Kalten Krieges zu befreien hatte und zugleich vor die Aufgabe gestellt war, die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt neu zu definieren. Jenseits von »Remilitarisierung« und »Renationalisierung« musste ein Weg für die neue »Zivilmacht« Deutschland gefunden werden, der sowohl den eigenen Ansprüchen als auch den von außen herangetragenen Erwartungen gerecht werden konnte. Dabei blieb bis heute eine »Kultur militärischer Zurückhaltung« leitend, die allerdings neu zu fassen sein wird, wenn, wie in manch einer Rede gefordert, Deutschland »mehr Verantwortung übernehmen« soll.

Maxime des Grundgesetzes als Leitmotiv deutscher Außenpolitik

Mit der Maxime in der Präambel des Grundgesetzes »...als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen« sind die Programmatik und die normativen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik gesetzt. Die ethische wie politische Reflexion eines so zentralen Politikfeldes hat jedoch in den zurückliegenden 25 Jahren nur schwer an kontinuierlicher öffentlicher Aufmerksamkeit gewinnen können.¹

Die regierungsamtlichen Dokumente² wie auch die 2007 vom Rat der EKD veröffentlichte Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« haben es nicht vermocht, den mit ihrer Veröffentlichung verbundenen Ansprüchen nach einem breiten gesellschaftlichen Diskurs gerecht zu werden. Auch die Medialisierung der Diskurse gelang bestenfalls in

Ansätzen und war in aller Regel auf partielle Themen und aktuelle Anlässe bezogen (z.B. Tod und Verwundung deutscher Soldaten in Afghanistan, Deutschlands Weigerung einer Beteiligung am Irak-Krieg und am Libyeneinsatz der NATO).

Mangel an kontinuierlicher öffentlicher Debatte um eine außenpolitische Strategie

Ein Beispiel für die fehlende Verständigung über Ziele und Mittel deutscher Außenpolitik und die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die sich einerseits auf Peacebuilding und zivilen Aufbau beschränken, andererseits die Realität von Militäreinsätzen im Blick haben, ist die Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr am Kampfeinsatz in Afghanistan. Die heftige Kontroverse etwa um den Satz der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Margot Käßmann, in ihrer Neujahrspredigt 2010 »Nichts ist gut in Afghanistan« vermochte bestenfalls kurzfristig die Debatte um die strategische Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu befördern, die Initiierung eines breiteren und kontinuierlich geführten fachlichen wie gesellschaftlichen Diskurses gelang damit jedoch nicht.

Diskursprojekt: Akteure aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Militär und Zivilgesellschaft in Dialog gebracht

In diesem Zusammenhang entschlossen sich die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) mit einem längerfristig angelegten Diskursprojekt zu reagieren³. Dabei waren drei Zielsetzungen leitend: Evaluation, Ethische Reflexion und Unterstützung der Policy-Entwicklung. In unterschiedlichen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungsformaten (Diskurstagungen, Workshops mit geladener Fachöffentlichkeit, Abendforen für ein breit interessiertes Publikum sowie »Kamingespräche Friedens- und Sicherheitspolitik« zwischen Spitzenvertretern aus Kirche und Politik)⁴ konnten sowohl die friedensethischen Diskurse innerhalb der Kirchen als auch die außen- und sicherheitspolitischen Debatten systematisch angegangen und auf einander bezogen werden.

Nach nunmehr fast dreijähriger Laufzeit des Diskursprojekts lässt sich als vorläufiges Resümee festhalten, dass auch wir die Initiierung und kontinuierliche Stärkung eines breit geführten, öffentlichen Diskurses nicht erreicht haben. Wohl aber konnten wichtige Akteure aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Militär und Zivilgesellschaft zu zentralen Themenstellungen versammelt werden, wodurch die Fachdiskurse befördert und transparenter wurden. Dabei war es hilfreich, zunächst die »richtigen« Fragen zu erörtern, bevor dann in weiterführenden Veranstaltungen auch die »richtigen« Antworten diskutiert werden konnten⁵. Die hier nun vorgelegten Ergebnisse und Empfehlungen stellen einerseits selbst einen Debattenbeitrag dar und erhoffen sich andererseits, den immer wieder als notwendig geforderten Diskurs um die Klärung der Rolle Deutschlands in der Welt, seiner Interessen und der zugrundeliegenden Normen und Werte dauerhaft befördern zu können.

»Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung ...« – Vom Wandel der Diskurse

Die jüngsten geopolitischen Herausforderungen haben zu einer insgesamt breiter geführten und intensiveren außenpolitischen Debatte geführt.⁶ Das Ziel, außenpolitische Strategiebildung sowohl an den globalen Herausforderungen und Konfliktsachen zu orientieren als auch die Absicht, die Administration durch den Dialog nach innen und mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren fortzuentwickeln, bleibt ein ehrgeiziges und zugleich begrüßenswertes Unterfangen.

»Einmischen oder zurückhalten?« Mehrheit gegen mehr militärisches Engagement

»Einmischen oder zurückhalten?«⁷ – so formuliert etwas plakativ eine im Umfeld des »Review-Prozesses« im Auftrag des Auswärtigen Amtes durchgeführte repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung die zentralen Positionen in der Debatte um Deutschlands internationale Verantwortung. Die Studie belegt, dass das Interesse der Deutschen an außenpolitischen Themen insgesamt groß ist. Als wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik wird der weltweite Schutz der Menschenrechte benannt. Die große Mehrheit votiert für ein weniger starkes militärisches Engagement.

»Neue Macht – Neue Verantwortung?« Kohärente Strategie gefragt

Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es: »Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwor-

tung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten ... Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.«⁸ Auch die drei Reden deutscher Spitzenpolitiker während der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 (Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen) haben zum einen gezeigt, dass sich die deutsche Außenpolitik den strategischen und politischen Fragen verstärkt stellen will. Zum anderen wurden damit die öffentliche Aufmerksamkeit und die auf unterschiedlichen Ebenen geführten Diskurse deutlich befördert. Vor dem Hintergrund eines bereits vorab veröffentlichten gemeinsamen Papiers der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF) »Neue Macht – Neue Verantwortung«⁹ betonen die Redner in München – entgegen der überwiegenden medialen Berichterstattung – durchaus Prävention, Entwicklungszusammenarbeit und die Einbindung von Schwellenländern als leitende strategische Ziele und Instrumente. Gleichzeitig wird jedoch militärische Gewalt als »ultima ratio« nicht ausgeschlossen, worauf vor allem die Friedens- und Konfliktforschung mit der Kritik reagiert hat, das Militär werde als Mittel der Politik »normalisiert«. Im Vordergrund stehe zivil-militärisches Risikomanagement, während die globalen Machtstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Ursachen von Konflikten zu wenig reflektiert würden.¹⁰

Frieden ist mehr als Sicherheit: Was bestimmt die Wahl der Mittel?

Es besteht weitgehend Einigkeit in der Analyse der globalen Konfliktursachen und friedenspolitischen Herausforderungen. In die Beurteilung der Sicherheitslage werden zunehmend nicht nur militärische, sondern auch gesellschaftliche, ökonomische, ökologische, kulturelle und humanitäre Faktoren einbezogen. Entsprechend weit wird der Sicherheitsbegriff gefasst. Sicherheit wird demnach weder als rein national noch allein durch Streitkräfte, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zu gewährleisten verstanden. Ebenso werden nicht allein reaktive, sondern auch präventive Mittel in die Strategiekonzepte einbezogen. Damit wird ein umfassender sicherheitspolitischer Ansatz forciert, der die gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Akteure berücksichtigt, die für die Bewältigung der neuen, globalen Herausforderungen als notwendig erachtet werden.

Rüstungspolitik und Waffenexporte: Annäherung der Positionen gelungen

Ein zentrales Politikfeld in Bezug auf die Verantwortung Deutschlands in der Welt ist die Debatte um Rüstungspolitik und Waffenexporte. In der Vergangenheit war die Debatte davon geprägt, inwiefern Exporte gegen die Leitlinien der Bundesregierung verstießen, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Dabei verschloss die Fokussierung auf Ausschlusskriterien für Waffenexporte den Blick auf eine umfassendere Diskussion der industrie-, verteidigungs- und außenpolitischen Motivationen dieser Exporte. Mit der Entscheidung zur Belieferung der irakischen Kurden mit Kriegswaffen, um dem Vormarsch des »Islamischen Staates« (IS) Einhalt zu gebieten, wird diese Debatte nun auch breiter öffentlich geführt. Das Diskursprojekt hat mit einem Fokus auf dieses Themenfeld dazu beigetragen, dass die bislang eher in Abgrenzung und im Verharren auf kontroversen Positionen geführten Debatten aufgebrochen und im gegenseitigen Verständnis und an den Sachfragen orientiert konstruktiv und zielführend befördert werden konnten.¹¹ Durch die zunehmende Autonomisierung von Waffensystemen – wie sie im Moment vor allem mit Bezug auf Drohnen diskutiert wird – stellen sich neue ethische, friedens- und sicherheitspolitische Fragen, die noch intensiverer Auseinandersetzung bedürfen.¹²

Der beschriebene Wandel zu mehr Diskursbereitschaft bildet sich auch im Laufe des Projekts ab: Es zeigte sich ein wachsendes Interesse, die Diskursangebote der Evangelischen Akademien wahrzunehmen. Gerade die differenzierten Veranstaltungsformate haben erfolgreich dazu beigetragen, dass sich unterschiedliche Akteursebenen begegnen konnten und das gegenseitige Verständnis für zum Teil sehr kontroverse Positionen gewachsen ist. So haben sich beispielsweise vermehrt »Friedenslogiker« und »Sicherheitslogiker« verständigen können.¹³ Einen nachhaltig positiven Effekt hatten auch die an unterschiedlichen Orten durchgeführten (nicht öffentlichen) Dialoge zwischen Kirche und Politik sowie Wissenschaft und Politik.¹⁴ Als problematisch erwies sich dagegen, dass immer wieder bei Veranstaltungen in Diskussionen zu schnell und zu häufig auf die Ebene militärischer Optionen abgehoben wurde – selbst dann, wenn Anlage und Zielsetzung einer Tagung dies gerade nicht impliziert hatten.¹⁵

»Bündnistreue« zu oft einziger Legitimationsgrund für außenpolitische Entscheidungen

Eines der zentralen Ergebnisse des Diskursprojektes ist, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik faktisch sehr stark an dem Aspekt der »Bündnistreue« orientiert ist. Dieser Aspekt tritt zwar in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund, in den Begründungen der politisch Verantwortlichen spielt er aber eine entscheidende Rolle. Ungeklärt ist dabei, ob die starke Bedeutung der Bündnisverpflichtung dazu führt, dass ein kohärentes außen- und sicherheitspolitisches Konzept gar nicht erwünscht scheint, weil es gegebenenfalls situative Handlungsmöglichkeiten einschränken könnte. In dieser Perspektive scheint die Maßgabe zu sein, in innenpolitischer Perspektive so wenig militärisches Engagement wie möglich, in außenpolitischer, vor allem bündnispolitischer, gerade so viel wie nötig zu übernehmen. Demgegenüber mangelt es auch an einer zureichenden Ausstattung des zivilen deutschen Engagements. Die deutsche Beteiligung an zivilen Friedensmissionen scheint eher davon geleitet zu sein, sich an möglichst vielen Missionen zu beteiligen – jedoch mit so wenig Personal, dass die Kontingente kaum Wirkung entfalten können. In diesem Zusammenhang kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein kohärentes, ressortübergreifend koordiniertes friedens- und sicherheitspolitisches Handeln keine hohe Priorität hat. Denkbar ist auch, dass das Fehlen eines eigenen friedens- und sicherheitspolitischen Konzepts dazu führt, sich politisch stark auf die Erwartungen der Bündnispartner und die innenpolitischen Stimmungen zu beziehen. Unabhängig davon, welches der beiden Erklärungsangebote man bevorzugt, ist zu vermuten, dass sich dies – trotz der Rhetorik von »mehr Verantwortung« – in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Die Ansprüche nach konzeptioneller Klarheit werden also mit diesen Rahmenbedingungen zu rechnen haben.

Friedensethik: Notwendigkeit eines internationalen Diskurses

Auf der grundlegenden konzeptionellen Ebene der Friedensethik wäre in diesem Zusammenhang dann u.a. zu fragen: Inwiefern lässt sich unter der faktischen Bedingung des Vorrangs der »Bündnistreue« eigentlich eine friedens- und sicherheitspolitische Konzeption für Deutschland gestalten? Kann der Faktor »Bündnistreue« in einem solchen Konzept analytisch und operativ erfasst werden? Müssten dann nicht auch die ethischen Fragen auf der Ebene des bzw. der Bündnisse diskutiert werden? Dies sind zum einen diskurspragmati-

sche, aber auch ethisch-theoretische Fragestellungen zur Bedingung der Möglichkeit ethischer Orientierung politischen Entscheidens und Handelns, die für den sicherheitspolitischen und friedensethischen Diskurs auch in praktischer Hinsicht von großer Tragweite sind.

Friedensethik: Gerechter Frieden im Spannungsfeld von Werten und Interessen

In den offiziellen Dokumenten zur Friedens- und Sicherheitspolitik ist das Verhältnis von Werten, wie z.B. den Menschenrechten, und politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht geklärt. Sie stehen in politischen Dokumenten meist unvermittelt nebeneinander, in ethischen Stellungnahmen wird in der Regel postuliert, dass sich die Interessen den Werten unterzuordnen hätten. Wenn man allerdings davon ausgeht, dass politisches wie menschliches Handeln insgesamt in der Regel von »mixed motivations« und »mixed intentions« geleitet wird, stellt sich die Herausforderung, das Verhältnis von normativen und interessegeleiteten Motiven gerade auch friedensethisch weiter zu klären.¹⁶ Normative friedensethische Aussagen können nur dann (politisch) handlungsorientierend sein, wenn sie die Handlungsbedingungen angemessen erfassen, reflektieren und methodisch berücksichtigen.

»Afghanistan-Papier« der EKD: Grenzen des rechtsethischen Ansatzes des »Gerechten Krieges« werden deutlich

Die wichtigsten friedensethischen Paradigmen (EKD-Friedensdenkschrift 2007) wurden im Rahmen des Diskursprojekts auch »von außen« kritisch befragt und in Ansätzen weiter entwickelt: So hat sich gezeigt, dass die Diskussion um die Kriterien der »rechtserhaltenden Gewalt« und ihre Beziehung zum internationalen Recht auf der einen und zur Tradition des »Gerechten Krieges« auf der anderen Seite noch nicht abgeschlossen ist. Mit dem »Afghanistan-Papier« der EKD (Januar 2014)¹⁷ wurden die Grenzen des rechtsethischen Ansatzes des »Gerechten Friedens« deutlich. Konfliktszenarien wie in Afghanistan können mit den bislang entwickelten Kategorien der EKD-Friedensethik nur schwer erfasst und bewertet werden. Rechtsethische Kategorien kommen sowohl systematisch als auch vor allem operativ an ihre Grenzen, wenn in konkreten Konfliktszenarien die grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Rechtmäßigkeit nicht vorhanden sind und auch ihre Etablierung allenfalls ein sehr lang-

fristiges Ziel sein könnte (Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen, Kongo, Sudan, Zentralafrikanische Republik). Eine Weiterentwicklung durch eine konsequente Orientierung am Schutz grundlegender Menschenrechte könnte hier weiterführend sein.¹⁸

Tendenziell werden im friedensethischen Paradigma der EKD Militäreinsätze analog zu internationalen Polizeieinsätzen wahrgenommen, womit sich aber Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta nur unzureichend abbilden lassen: zum einen hinsichtlich der Aufgaben von Militär und Polizei, zum anderen aber vor allem hinsichtlich eines nicht nur fehlenden Gewaltmonopols, sondern auch eines fehlenden Gewaltlegitimierungsmonopols im internationalen System. Hier entsteht eine normative Spannung zwischen der prinzipiellen Befürwortung des UN-Systems und dem Ansatz, die Herrschaft des Rechts international zu stärken, die aber schon begrenzten Mittel der Rechtsdurchsetzung, welche die Charta bietet, nur partiell zu unterstützen.

Evangelische Friedensethik muss angemessene Wahrnehmung von Krisen und Konflikten entwickeln

Für die evangelische Friedensethik wird es zunächst notwendig sein, eine angemessene Wahrnehmung von Konflikten zu entwickeln. Des Weiteren ist das Konzept der Human Security in theologisch-ethischer Perspektive weiter auf seine Tauglichkeit zu prüfen. Die Sicherheits- und Menschenrechtsdiskurse sind zu verknüpfen. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Kriterien ist das Verhältnis zur Tradition des »Gerechten Krieges« zu prüfen. Schließlich ist der Vorrang der Gewaltlosigkeit in einem friedensethischen Gesamtkonzept im genannten Rahmen weiter zu operationalisieren.¹⁹

R2P: Gefahr der Verengung des Konzepts wirksam begegnen

Einen Schwerpunkt im Rahmen des Diskursprojekts bildete das Konzept der »Responsibility to Protect« (R2P). Die Kriterien des ursprünglichen Konzeptes der R2P, das von der ICISS²⁰ entwickelt wurde, dienen vor allem dazu, mögliche Interventionen zu begrenzen und an prozedurale Regeln zu binden. Die UN-Generalversammlung beschränkte in ihrem Beschluss zur R2P dieses Konzept auf Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen Menschlichkeit. Dennoch wird R2P seit der Libyenintervention als breite politisch-rhetorische

Rechtfertigungsfigur für humanitär begründete Interventionen herangezogen und damit verengt.²¹ Hier gilt es, die Diskussion um die Schutzverantwortung fortzuführen und zu qualifizieren. Die systematische Einbeziehung des Konzeptes der Human Security im ursprünglichen R2P-Konzept der ICISS bietet hierfür konzeptionelle Anknüpfungspunkte, die es ermöglichen, gerade Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund zu stellen, ohne gewaltförmig eskalierende Konflikte und ihre Eindämmung ggf. auch mit dem Einsatz militärischer Gewalt ausklammern zu müssen. Das Konzept der Human Security ermöglicht die Verknüpfung mit Diskursen und Praxen der Entwicklungszusammenarbeit sowie mit Fragen globaler Gerechtigkeit.²²

Sowohl vor dem Hintergrund der Klärung des Verhältnisses von Werten und Interessen als auch ausgehend von dem normativ anspruchsvollen Konzept der Human Security ist insbesondere die Frage von Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt weiterzuerforschen. Ohne damit den friedensethischen Diskurs auf Gewaltanwendung verengen zu wollen, ist es systematisch unausweichlich, auch Kriterien für den Grenzfall der Anwendung militärischer Gewalt zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Durch die Entwicklung von Kriterien im ICISS-Dokument und ihre Rezeption in der internationalen Debatte wurde hierfür eine wichtige Grundlage geschaffen, die allerdings im deutschen Kontext bislang zu wenig aufgegriffen und systematisch entwickelt worden ist. Gerade auch außerhalb des theologischen Diskurses hat diese Debatte nun auch in Deutschland neue Impulse bekommen.²³

Zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Mehr als nur Absichtserklärungen?

Der Diskurs wird in der Regel von der ultima ratio militärischer Gewalt dominiert

Wie eingangs beschrieben wandelte sich die Debatte über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erst im Frühjahr 2014 grundlegend. In den Medien wurde besonders die Rede von Bundespräsident Gauck rezipiert und von vielen als ein Aufruf zu stärkerem militärischen Engagement Deutschlands kommentiert, obwohl sich weder seine Äußerungen noch die zugrundeliegenden Ergebnisse des »Neue Macht – Neue Verantwortung«-Projekts auf militärische Aspekte konzentrieren lassen. Es ist offensichtlich, dass internationale Verantwortungsübernahme mit nicht-militärischen Mitteln in der öffentlichen

Wahrnehmung noch alles andere als selbstverständlich ist und stattdessen reflexhaft auf althergebrachte Deutungen internationaler Machtausübung zurückgegriffen wird.²⁴ In besonderer Weise wird dies an der Debatte um den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und das deutsche Engagement im zivilen Bereich deutlich. Dies hat zum einen sicher mit der öffentlichen (medialen) Wahrnehmung (Präsentation) zu tun. Zum anderen belegt es jedoch, dass das Verhältnis von ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung nicht wirklich geklärt ist und der Diskurs zu schnell bestimmt wird und in der Regel auch bestimmt bleibt durch den Blick auf die ultima ratio militärischer Einsätze.²⁵

Politischer Wille für zivile Krisenprävention – mehr als die Verengung auf Krieg oder Frieden, zivil oder militärisch

In zahlreichen Veranstaltungen unseres Diskursprojektes stellte sich eine Beobachtung konstant ein und wurde als Defizit deutscher Strategiefähigkeit benannt²⁶: Sowohl in sicherheitspolitischen als auch friedensethischen Grundsatzpapieren wird immer wieder die Bedeutung der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung betont. Dies steht oft in Gegensatz zu den tatsächlichen Anstrengungen in diesen Bereichen. Besonders eklatant ist dies in Bezug auf die Krisenprävention. Es gibt wenig gesicherte Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Methoden und Prozessen der Krisenprävention – sei sie zivil oder militärisch. Deutlicher als bisher muss die Frage der Krisenprävention in ihrer Gesamtheit behandelt werden. Ausgehend von dem Vorrang ziviler Mittel ist aber die Frage auch nach militärisch abgesicherter oder gar durchgeführter Krisenprävention nicht auszuklammern. Deshalb ist die Klärung des Verhältnisses von ziviler, polizeilicher und militärischer Krisenprävention zu bearbeiten. Hier besteht ein Defizit in der Forschung, in konzeptionellen Entwürfen sowie in der Praxis und Praxisreflexion. Es gilt die Lücke zwischen normativen Postulaten und empirischen Kenntnissen zu schließen.²⁷

Evaluation als Gebot der Stunde: Sie ist kein Ersatz für Strategiebildung und politische Entscheidungen

Evaluation ist nicht nur in Bezug auf militärische Interventionen notwendig, ebenso wichtig ist dies für die zivilen Maßnahmen (und die Interaktion zwischen beiden). Dabei ist Evaluation lediglich als Teil der Strategie- und Strukturdiskussion zu verstehen, sie ist nicht der Ersatz für Strategiebil-

derung und politische Entscheidungen. Es existiert weiterhin eine eklatante Diskrepanz zwischen den Ausgaben für militärische Einsätze und den zivilen Bereichen. Deutschland könnte hier deutlich mehr tun: Nach dem »Commitment to Development Index (CDI)«, mit dem das Washington Center for Global Development die Kohärenz zwischen dem entwicklungspolitischen und anderen Politikfeldern bemisst, rangiert Deutschland nur auf Platz 10, im Bereich der Sicherheitspolitik sogar nur auf Platz 21. Als Begründung wird die relativ geringe Investition in und Beteiligung an internationalen Missionen sowie die signifikant hohe Quote der Rüstungsexporte angegeben.²⁸ Ein Schwerpunkt deutscher Beiträge zu staatlichen Transformationsprozessen, der auch dem allgemeinen Wunschbild ziviler Verantwortungsübernahme entspricht, ist die Förderung von Rechtsstaatlichkeit. Die Entsendung von Polizisten, Richtern, Staatsanwälten, Justizvollzugsbediensteten, Verwaltungspersonal und anderen zivilen Expertinnen und Experten findet in der deutschen Gesellschaft großen Rückhalt. So wichtig zivile Experten für die Übernahme internationaler Verantwortung sind, so wenig haben ihre persönlichen und professionellen Belange bisher in der fachlichen Debatte in Deutschland Aufmerksamkeit gefunden. Durch den intensiven Austausch mit Mitarbeitenden staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen in Akademietagungen konnte hier eine wichtige Brücke gebaut werden. Daneben ist auch die konzeptionelle Weiterentwicklung deutscher Unterstützung bei der Förderung von Rechtsstaatlichkeit geboten.

Konzeptionelle und strukturelle Probleme bei der Entsendung von zivilem Personal: Lösungsansätze weiter verfolgen

Ähnliche konzeptionelle Anstöße aus Deutschland sollten auch mit Blick auf andere Friedensmissionen und internationale Einsätze erfolgen. Bislang herrscht hier der Eindruck vor, dass sich das deutsche Engagement auf die Bereitstellung international angeforderten Personals beschränkt. Gerade wenn es darum gehen soll, Missionen der NATO, EU und UN möglichst zivil auszurichten, sind Einflussnahme und Verantwortungsübernahme besonders auch bei der Konzipierung internationaler Missionen erforderlich. Dafür mangelt es in Deutschland in wesentlichen Bereichen wie der Polizei derzeit noch an Akteuren, die die konzeptionelle Vorarbeit dafür leisten könnten. Aber selbst dort, wo über solche Ansätze nachgedacht wird, fehlen oft noch die Brücken in den politischen Raum. Als erster Schritt in die richtige Richtung kann die öffentliche Anhörung

in der gemeinsamen (!) Sitzung von Innenausschuss und Unterausschuss Zivile Krisenprävention am 3. November 2014 gewertet werden. Hier verständigten sich erstmals Experten aus Wissenschaft und Fachöffentlichkeit mit Parlamentariern zum Thema »Einsatz von Polizei in Friedensmissionen«.²⁹

Instrumente und Strukturen: Kohärenz verbessern, Kapazitäten ausbauen

Seit mehr als 20 Jahren beteiligt sich Deutschland an internationalen militärischen Einsätzen. Wachsende und vielfältige Beiträge zur zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Die Bilanz der etablierten und eingesetzten Instrumente und Strukturen fällt im Rückblick allerdings insgesamt eher kritisch aus: Deutschland hat sich zwar in der Vergangenheit im Vergleich zu seinen internationalen Partnern immer wieder aus grundsätzlichen Bedenken heraus gegen eine militärische Beteiligung ausgesprochen (Irak 2003, Libyen 2012). Zugleich wurden aber auch Entscheidungen pro militärische Beteiligung gefällt (Kosovo 1999, Afghanistan 2001). Dies führte international immer wieder zu Verwirrung und teilweise auch zur Isolation Deutschlands. Die hinter diesen unterschiedlichen Entscheidungen stehenden strategischen und politischen Ziele wurden weder nach innen noch nach außen ausreichend diskutiert und kommuniziert. Soweit doch Erklärungen abgegeben wurden, waren diese bestenfalls fragmentarisch und teilweise auch widersprüchlich.

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: Querschnittsaufgabe wird nur lückenhaft angegangen

Mit dem Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« als offiziellem Regierungsdokument existiert seit 2004 ein fester Bezugspunkt für den Primat des Zivilen in der deutschen Außenpolitik. Deutschland hat damit ein innovatives Instrument geschaffen, das international viel Beachtung fand und als Meilenstein für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gesellschaft gelten kann. Insbesondere der Anspruch, Prävention als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu verstehen und damit zu mehr Kohärenz in der Außen- und Sicherheitspolitik beitragen zu können, wurde als vorbildlich gekennzeichnet.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch nach 10 Jahren bisweilen deutlich auseinander: Die seit

vielen Jahren vorliegenden regierungsamtlichen Dokumente zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sind und werden nicht aufeinander bezogen; der politische Wille zur Vernetzung und Umsetzung fehlt weitgehend in Parlament, Regierung und Administration. Die Existenz zahlreicher, nebeneinander stehender Instrumente und Strukturen kann gerade nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich der Strategiebildung, die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik kohärent integrieren müsste, immer noch erhebliche Defizite vorliegen.

Der »Vorrang für das Zivile«: den begonnenen Weg weitergehen

Von unterschiedlicher Seite liegen – teilweise schon seit längerem – konkrete Vorschläge vor, um die meist parallel laufenden Prozesse und Debatten besser miteinander zu verzahnen und mehr Kohärenz und Wirksamkeit erreichen zu können. Die Vorschläge verdienen allesamt mehr Beachtung und eine ernsthafte Prüfung zur Umsetzbarkeit. Das erklärte Ziel der Bundesregierung, den »Vorrang für das Zivile« zu untermauern, wie sie es Ende 2014 in ihrem »Vierten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention« postuliert hat, wird dabei grundsätzlich als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, gleichzeitig werden Defizite angezeigt und konkrete Empfehlungen zur Veränderung gegeben:

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) fordert in ihrer Kommentierung des aktuellen Umsetzungsberichts zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention dazu auf, erstens »Chancen und Risiken des Präventionsansatzes ehrlich nachzugehen. Zweitens steht die Forderung, die Lebensverhältnisse von Menschen und Gesellschaften in Krisen- und Konfliktkonstellationen nicht aus dem Blick zu verlieren, der Fixierung seitens der Regierung gegenüber, Staatlichkeit in Konfliktregionen (wieder)herzustellen. Und schließlich, drittens, erwartet die GKKE von der Exekutive als eigenen Beitrag zu einer gelingenden Präventionspolitik, sich der Selbstreflexion des eigenen Handelns zu stellen und nach den originären Beiträgen zu einer wirkungsvollen Vorbeugung gegen Krisen und Gewaltkonflikte zu fragen. Effektive Prävention beginnt hierzulande. Das schließt, viertens, ein, den Defiziten an Kohärenz im Regierungshandeln zu begegnen. Noch immer gehen zu viel Energie und Zeit verloren, um außengerichtetes Handeln zwischen den Ressorts und nachgeordneten Stellen abzustimmen.«³⁰

Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken – Ein vorläufiges Fazit

Neue Krisen verschärfen friedens- und sicherheitspolitische Fragen

Was der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD Ende 2013 noch als allgemeine und grundlegende politische Programmatik für die kommende Legislaturperiode formulierte und mit einem Bezug zu den Werten und Interessen deutscher Außenpolitik zu begründen suchte, ist angesichts der internationalen Krisen und Konflikte 2014 zu einer echten Bewährungsprobe geworden. Die Ukraine-Krise und die Offensive des »Islamischen Staates« (IS) im Nordirak und Syrien haben einer Reihe von friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen zu einer neuen Brisanz verholfen. In Anknüpfung an die Gauck-Debatte und die aktuellen Krisen sind grundlegende Fragen zu stellen und zu beantworten, die um die Problematik der Zunahme asymmetrischer, nicht-internationaler bewaffneter Konflikte kreisen und die vor allem in völkerrechtlicher und ethischer Perspektive bedeutsam sind. Die Frage etwa, ob eine humanitäre militärische Intervention angemessen ist und wenn ja, mit welchen Mitteln dies zu geschehen habe, ist bei weitem nicht ausreichend beantwortet und stellt außenpolitische Entscheidungen damit immer neu auf die Probe.³¹ Ferner stellt sich die Frage, wie auf das Phänomen »hybrider Kriegsführung« reagiert werden kann. Vollkommen offen bleibt, welche Strategien angesichts des erkalteten Verhältnisses zwischen der russischen Föderation und den westlichen Bündnissystemen entwickelt werden müssen.

Im Rückblick auf die fast dreijährige Laufzeit des Diskursprojektes bleibt die Frage weiter im Raum: Reichen die bisherigen politischen Weichenstellungen aus, um der Selbstverpflichtung »Vorrang für das Zivile« gerecht werden und um den sich wandelnden globalen Herausforderungen mit einer angemessenen außen- und sicherheitspolitischen Strategie begegnen zu können? Damit diese politische Zielsetzung effizienter als bisher umgesetzt werden kann, sind eine Reihe von konzeptionellen und strukturellen Veränderungen angezeigt, die Strategie, Institutionen, Transparenz und Evaluation betreffen und die ein verstärktes Zusammenwirken zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen.

Klärung des Verhältnisses von »Sicherheitslogik« und »Friedenslogik« als Voraussetzung für zielgerichtete Strategiebildung

Grundvoraussetzung für eine so definierte Zielerorientierung in der außenpolitischen Debatte in Deutschland ist allerdings die Klärung und Entscheidung der konzeptionellen Frage des Verhältnisses von »Sicherheitslogik« und »Friedenslogik«.³² In den bisherigen Debatten und Konzeptionen standen diese beiden Ansätze oft unvermittelt nebeneinander. Die Herausforderung für die Zukunft ist, die Außenpolitik weiter konsequent am Friedensgebot des Grundgesetzes auszurichten. Die zentrale Aufgabe dabei ist die aktive Schaffung von Bedingungen, die Frieden ermöglichen und nachhaltig sichern. Das ist nur möglich, wenn die real wirkenden Faktoren von Sicherheit systematisch ernst genommen und angemessen bearbeitet werden, diese zugleich aber in eine konsequente Friedenspolitik eingebunden werden. Wird die konzeptionelle Frage zukünftig weiter offen gelassen bzw. werden die Entscheidungen situativ getroffen, so wird sich Deutschland seiner internationalen Verantwortung kaum angemessen stellen können und es bleibt ein eher unberechenbarer Partner.

Die Ankündigung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, ein neues »Weißbuch« in Konsultation mit anderen Ressorts und der Zivilgesellschaft erarbeiten zu wollen, bietet die Gelegenheit, einen neuen strategischen Orientierungsrahmen zu entwickeln, der an den beschriebenen Ansprüchen zu messen sein wird: »Das für 2016 in Aussicht gestellte Weißbuch für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sollte die Arbeit an einem friedenspolitischen Leitbild der Bundesregierung nicht in den Hintergrund drängen. Den Reviewprozess des AA und den Entwicklungsprozess zur Zukunftscharta des BMZ aufgreifend sollte ein Leitbildprozess in Gang gesetzt werden, der auch gesellschaftliche Verankerung findet.«³³

Offenes Fenster für friedenspolitische Leitbilddebatte: Evangelische Akademien werden Diskurse weiter befördern

Die politische wie gesellschaftliche Bereitschaft zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Strategieentwicklung scheint aktuell günstig und zugleich drängend zu sein: Es kann als Schritt in die richtige Richtung bewertet werden, dass der Bundestag in dieser Legislaturperiode mehrfach über den Stellenwert der zivilen Strukturen und Instrumente deutscher Außenpolitik debattiert hat. Auch der Bundespräsident hat mit seinem

Besuch beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der Einladung an unterschiedliche gesellschaftliche Akteure zu einer Veranstaltung zum Thema »Experten für den Frieden – Deutschlands ziviler Beitrag zur internationalen Konfliktlösung« ein deutliches Zeichen gesetzt. Auch die Ergebnisse und Konsequenzen aus dem »Review-Prozess« des Auswärtigen Amtes klingen vielversprechend, werden jedoch an ihrer konkreten Umsetzung zu messen sein. Der Anspruch, konkurrierende Politikziele zu einem kohärenten friedenspolitischen Leitbild zusammenzuführen, bleibt weiter aktuell und bedarf des fortgesetzten politischen, fachlichen und öffentlichen Diskurses. Dabei gilt es, zukünftig verstärkt den Fokus auch auf die Einbeziehung der internationalen Diskurse – vor allem in transatlantischer Perspektive – zu richten. Die Evangelischen Akademien in Deutschland wollen dies befördern und weiterhin kritisch begleiten und werden deshalb das Diskursprojekt »dem Frieden der Welt zu dienen« fortsetzen.

Anmerkungen:

¹ Eine umfassende Analyse zu den systematischen Grundlagen, zur historischen Entwicklung und den Instrumenten und Akteuren deutscher Außenpolitik findet sich etwa bei: Wilfried von Bredow (2008): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

² Mit dem 2004 verabschiedeten Aktionsplan Zivile Krisenprävention wie auch mit dem Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr besteht ein Bezugsrahmen für die Prinzipien der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Darüber hinaus stellen die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 des BMVg, das Konzept der Bundesregierung von 2012 »Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen« (Federführung AA) und die ressortübergreifenden Leitlinien »Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten« (AA, BMZ, und BMVg) wichtige Dokumente der Außen- und Sicherheitspolitik dar. Schließlich ist auf die Afrikapolitischen Leitlinien von 2014 zu verweisen.

³ Der frühere Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat immer wieder auf die Notwendigkeit eines solchen Diskurses und seine unbedingte Bereitschaft dazu hingewiesen. So etwa bei der Auftaktveranstaltung des EAD-Projekts »Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen?« am 24.09.2012 in Berlin oder auch kurz zuvor (05.09.) in einer Rede vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS): »Schon lange habe ich, und nicht nur ich, den Wunsch, einen größeren Teil der deutschen Öffentlichkeit für die Debatte über unsere Sicherheit zu interessieren und mit ihr eine breite öffentliche Diskussion zu führen ... (E)rscheint die sogenannte ‚sicherheitspolitische Community‘ als eine ‚geschlossene

Gesellschaft', die nur allzu gerne unter sich diskutiert und vielleicht sogar keinerlei Interesse an neuen Akteuren, neuen Meinungen hat? Wer Öffentlichkeit will, muss sie auch suchen. Wer die Gesellschaft einbinden will, muss sie auch ansprechen.« (Quelle: www.bmvg.de, abgerufen am 20.09.2014).

⁴ Siehe die Übersicht der Veranstaltungen am Ende dieses Textes.

⁵ Beispielhaft sind hier folgende Veranstaltungen im Diskursprojekt: Workshop »Neue Herausforderungen für Friedens- und Sicherheitspolitik« und Tagung »Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte. Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten« (beide Ev. Akademie Thüringen). Kamingespräch »Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen« und Tagung »Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden« (beide Ev. Akademie Loccum).

⁶ Dies hat seine Resonanz auch im Review-Prozess »Außenpolitik Weiter Denken« des Auswärtigen Amtes gefunden. Ob die am 25.02.2015 von Außenminister Steinmeier präsentierten Ergebnisse und Schlussfolgerungen ihre gewünschte Wirkung erzielen werden können, bleibt abzuwarten (www.review2014.de).

⁷ Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik im Auftrag der Körber-Stiftung. Hg.: Körber-Stiftung, Hamburg, Mai 2014.

⁸ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin, 16.12.2013, S. 117.

⁹ Stiftung Wissenschaft und Politik, German Marshall Fund of the United States (2013): Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Berlin.

¹⁰ Vgl. hierzu die Stellungnahme von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten im Friedensgutachten 2014, hg. von Ines-Jacqueline Werkner, Janet Kursawe, Margret Johannsen, Bruno Schoch, Marc van Boemcken. Münster: Lit Verlag, S. 3-30. Eine solche Kritik war in unterschiedlicher Gewichtung auch immer wieder Gegenstand der Diskussionen bei Veranstaltungen im Rahmen des Diskursprojekts.

¹¹ Kamingespräch zum Thema »Rüstungsexporte« (Ev. Akademien Villigst und Loccum) und Workshop »Ethische Kriterien für Rüstungsexporte« (Ev. Akademie Loccum und GKKE). Vgl. hier auch die jährlich erscheinenden ausführlichen Stellungnahmen (»Rüstungsexportberichte«) der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE, www.gkke.org), die das gesamte Politikfeld der Bundesregierung analysieren und kritisch beurteilen.

¹² Einen ersten in die Tiefe gehenden Beitrag dazu konnte unter Mitwirkung der Ev. Akademien der von der EKD am 25.9.14 durchgeführte Studientag »Braucht die Bundeswehr bewaffnete Drohnen? Positionen evangelischer Ethik« leisten, epd-

Dokumentation 49/2014. Und: Tagung »Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Zeiten hochtechnologischer Kriegsführung« (Ev. Akademie Loccum).

¹³ Internationaler Kongress »Menschen geschützt - gerechten Frieden verloren?...« (EKD, Ev. Akademien Berlin, Loccum, Villigst und FEST) und: Workshop »Friedensethik« (Ev. Akademie Thüringen).

¹⁴ Workshop »Erwartungen an wissenschaftliche Politikberatung« (Ev. Akademie Villigst).

¹⁵ Tagung »Neue nationale Friedensstrategie? Was soll die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik leisten?« (Ev. Akademie Loccum).

¹⁶ Eine erste Annäherung an diese Fragestellung wurde im Rahmen des Diskursprojektes unternommen: Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte – Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten. Tagung der Ev. Akademie Thüringen, Neudietendorf, 8.-10.11.2013, epd-Dokumentation Nr. 11/2014.

¹⁷ »Selig sind die Friedfertigen.« Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik. Eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD. EKD-Texte 116. Hannover 2014.

¹⁸ Vgl. hierzu den Hinweis auf die Tagung in Anm. 16.

¹⁹ Vgl. auch die sehr präzise Analyse der Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes des »Gerechten Friedens« bei Jean-Daniel Strub (2010): Der gerechte Friede. Spannungsfelder eines friedensethischen Leitbegriffs, Stuttgart: Kohlhammer.

²⁰ International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001): The Responsibility to Protect. Ottawa: IDRC Books. Wichtige Aspekte der kritischen Rezeption des R2P-Konzepts wurden im Rahmen des Kongresses der EKD und EAD, der 2013 im Rahmen des Diskursprojektes durchgeführt wurde, benannt und diskutiert. Vgl. Ines-Jacqueline Werkner, Dirk Rademacher (Hg.) (2013): Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren? Kontroversen um die internationale Verantwortung in der christlichen Friedensethik. Berlin (OeS, 41).

²¹ Vgl. etwa Rafael Biermann (2014): Legitimitätsprobleme humanitärer Intervention: Kontinuitätslinien zwischen Kosovo und Libyen. In: ZefKo 3 (1), S. 6-42; Michael Haspel (2013): Responsibility to Protect und Humanitäre Intervention. Zur aktuellen Entwicklung der Kriteriendiskussion in ethischer Perspektive. In: Hubertus Busche, Daniel Schubbe (Hg.) (2013): Die Humanitäre Intervention in der ethischen Beurteilung. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 267-297.

²² Vgl. Michael Haspel (2014): Das Konzept der Human Security kommt zu kurz! In: S+F 32 (1), S. 62–64. Siehe auch die anderen Beiträge im Themenforum dieses Heftes. Beachtenswert ist

auch, dass das Konzept der Human Security in das Papier »Neue Macht – Neue Verantwortung« Eingang gefunden hat. Daran lässt sich im Kontext des deutschen sicherheitspolitischen Diskurses anknüpfen. Zur kritischen Analyse und Bewertung des Konzepts der Human Security vgl. vor allem: Tobias Debiel, Sascha Werthes: *Menschliche Sicherheit. Fallstricke eines wirkungsmächtigen Konzepts*. In: Christopher Daase, Stefan Engert, Julian Junk (Hg.) (2013): *Verunsicherte Gesellschaft – überforderter Staat. Zum Wandel der Sicherheitskultur*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, S. 319-336.

²³ Vgl. hierzu Peter Rudolf (2014): *Zur Ethik militärischer Gewalt*. SWP-Studie 6, Berlin.

²⁴ Zu ersten Auswertungen der veränderten Diskurslage siehe: Arvid Bell, Matthias Dembinski, Thorsten Gromes, Berthold Meyer: *Früher, entschiedener und substanzieller? Engagiertes außenpolitisches Handeln und militärische Zurückhaltung sind kein Widerspruch*. HSFK-Standpunkt 1/2014. Frankfurt/M.

²⁵ Exemplarisch lässt sich dies als zentrales Ergebnis der im Rahmen des Diskursprojektes jährlich durchgeführten »Afghanistan-Tagungen« (Ev. Akademie Villigst) belegen.

²⁶ Kamingsgespräche zur »Strategiefähigkeit und den Aufgaben in Deutschland« und zu »10 Jahre Aktionsplan Zivile Krisenprävention« (letzteres erweitert um die Mitglieder des zuständigen BT-Unterausschusses, um NGO- und Institutionenvertreter, beide Ev. Akademien Berlin und Loccum). Und: Tagung »Evaluierung der zivilen Krisenprävention. Mit welchen Maßstäben messen wir ihren Erfolg?« (Ev. Akademie Loccum).

²⁷ Peter Rudolf, Sascha Lohmann (2013): *Außenpolitikevaluation im Aktionsfeld Krisenprävention und Friedensaufbau*, SWP-Studie 20, Berlin.

²⁸ Vgl. hierzu den Beitrag von Martina Fischer (Berghof Foundation), den sie am 05.05.2014 in der öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln zum Thema »10 Jahre Aktionsplan Zivile Krisenprävention« gehalten hat (Quelle: <http://www.bundestag.de/blob/283554/3adde0b85fc81666ff5856c92d235678/fischer-data.pdf>, abgerufen am 10.11.2014). Und: *Erweitertes Kamingsgespräch »Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der neuen Legislatur«* (Ev. Akademien Berlin und Loccum).

²⁹ Einen entscheidenden Beitrag zur Bewusstmachung der Problematik und der beschriebenen Bedarfe sowie zur Chance auf

Vernetzung der beteiligten Akteure konnte die Tagung »Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden« sowie das Kamingsgespräch »Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen« (Ev. Akademie Loccum) liefern. Die Expertenbeiträge zur gemeinsamen Sitzung der BT-Ausschüsse am 03.11.2014 können abgerufen werden unter: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a04/anhoerungen/27_sitzung-polizei-in-friedensmissionen/337096, abgerufen am 12.11.2014.

³⁰ Zitat in: »Kultur der Prävention« statt »Kultur der Reaktion«, Stellungnahme der GKKE zum Ende 2014 veröffentlichten Vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung (2.2.2015, www.gkke.org, Herv. verändert, zuletzt abgerufen am 7.3.2015). Diese und andere Vorschläge waren Gegenstand der Expertenbeiträge und Diskussionen in zahlreichen Veranstaltungen des Diskursprojektes.

³¹ Eine erste umfassende Bestandsaufnahme und wissenschaftliche Auswertung zu den Erfolgsaussichten humanitärer Interventionen kommt zu dem Schluss: »Insgesamt sind unsere Ergebnisse aber keineswegs im Sinne der Befürworter humanitärer militärischer Interventionen zu lesen. Angesichts des Befundes, dass kein Zusammenhang zwischen der Intervention und der frühzeitigen Kriegsbeendigung feststellbar ist sowie angesichts ihrer geringen Relevanz für die längerfristige Entwicklung der Konflikte wäre es falsch, solche Interventionen als naheliegende Lösung zu verstehen.« In: Thorsten Gromes, Matthias Dembinski, Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005. HSFK-Report 2/2013. Frankfurt/M., S. 35.

³² Vgl. zur Begriffsbestimmung und Analyse die Beiträge von Hanne-Margret Birckenbach »Friedenslogik und friedenslogische Politik« und Sabine Jaberg »Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen«, beide in: *Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung*. Dossier Nr. 75 der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden* 2014-2. Bonn. Die Beiträge gehen zurück auf Akademieveranstaltungen im Vorfeld des Diskursprojektes.

³³ Stellungnahme zum Vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, gemeinsam herausgegeben von Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, VENRO, Konsortium Ziviler Friedensdienst und Forum Menschenrechte (16.12.2014, www.konfliktbearbeitung.net, zuletzt abgerufen am 7.3.2015).

Verzeichnis der Veranstaltungen

Im Rahmen des Diskursprojektes »... dem Frieden der Welt zu dienen« führten wir 2012 – 2015 folgende Veranstaltungen durch:

Von	Bis	Format	Titel	Akademie
24.09.2012		Auftakt	Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen? Politischer Wille, sicherheitspolitische Strategie und friedensethische Norm	Berlin/Villigst/Loccum
25.09.2012		Workshop	Workshop »Friedensethik und Sicherheitspolitik« im Anschluss an Auftakt	Berlin/Villigst/Loccum
27.09.2012		Abendveranstaltung	Militärmacht Deutschland?	Thüringen
02.10.2012	04.10.2012	Diskurstagung	Regionalmacht wider Willen? Die Rolle der Türkei im Nahen Osten und Nordafrika	Loccum
16.11.2012	18.11.2012	Diskurstagung	Frieden - Sicherheit - Humanität: Grenzen des Völkerrechts in aktuellen bewaffneten Konflikten	Villigst
30.11.2012	01.12.1012	Diskurstagung	Hoffnung auf Frieden und Angst um die Frauenrechte in Afghanistan - Gefährdet Gewalt gegen Frauen den Friedensprozess?	Rheinland
07.12.2012	09.12.2012	Diskurstagung	Evaluierung der Krisenprävention: Mit welchen Maßstäben bewerten wir ihren Erfolg?	Loccum
14.12.2012	16.12.2012	Diskurstagung	Afghanistan nach 2014: Rückzug aus der Verantwortung? XXVI. Afghanistan-Tagung	Villigst
16.01.2013		Kamingespräch	Gemeinsame Anknüpfungspunkte für die Strategiediskussion?	Berlin/Loccum
27.02.2013	28.02.2013	Workshop	Neue Herausforderungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik	Thüringen
17.04.2013	19.04.2013	Diskurstagung	Neue Politik für den Mittleren Osten: Wie kann die iranische Zivilgesellschaft gestärkt werden?	Loccum
13.06.2013	15.06.2013	Diskurstagung	Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren? Kontroversen um die internationale Schutzverantwortung in der christlichen Friedensethik	Berlin/Villigst
18.10.2013	20.10.2013	Diskurstagung	Das Papier nicht wert? Wie Verträge unsere Sicherheit gewährleisten	Meißen
30.10.2013	01.11.2013	Diskurstagung	Schutzleute als Friedensmacht: Wie können deutsche Polizisten internationale Friedenseinsätze effektiver unterstützen?	Loccum
08.11.2013	10.11.2013	Diskurstagung	Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte. Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten	Thüringen
12.11.2013		Abendveranstaltung	Ethisch vertretbar und militärisch geboten? Bewaffnete Drohnen und die High-Tech-Kriege der Zukunft	Villigst
28.11.2013		Kamingespräch	Rolle Deutschlands in EU und NATO	Berlin/Loccum
06.12.2013	08.12.2013	Diskurstagung	Neue nationale Friedensstrategie?	Loccum

Von	Bis	Format	Titel	Akademie
			Was soll die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik leisten?	
13.12.2013	15.12.2013	Diskurstagung	«Der Frieden ist der Ernstfall» – Afghanistan nach 2014 XXVII. Afghanistan-Tagung	Villigst
17.01.2014	18.01.2014	Workshop	«Nichts ist gut in Afghanistan...» – Welche Rolle spielen die Medien neben anderen Akteuren bei der Beeinflussung des außen- und sicherheitspolitischen Diskurses (in Deutschland)?	Villigst
06.02.2014	07.02.2014	Workshop	Wissenschaftliche Beratung oder politische Intervention? Die Friedens- und Konfliktforschung und die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik	Villigst
13.02.2014		Abendveranstaltung	Afghanistan, Pakistan, Libyen, Mali, Syrien ... Perspektiven deutscher Sicherheitspolitik nach Afghanistan...	Thüringen
13.03.2014	15.03.2014	Workshop	Friedensethik	Thüringen
18.03.2014		Kamingespräch	Rüstung und friedenspolitische Strategie	Villigst/Locum
31.03.2014		Abendveranstaltung	«...ob Kriegsleute in seligem Stande sein können»: Soldat sein heute zwischen Gewissensentscheidung und Gehorsamsprinzip	Villigst
08.04.2014		Kamingespräch	Deutsche Beteiligung an internationalen Polizeieinsätzen	Berlin/Locum
24.04.2014	25.04.2014	Workshop	Ethische Kriterien für Rüstungsexporte	Locum
06.05.2014		Kamingespräch	Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der neuen Legislatur	Berlin/Locum
04.06.2014		Diskurstagung	Das Friedenspotential der Religionen nutzen. Das Friedensgutachten 2014	Berlin
04.06.2014	06.06.2014	Diskurstagung	Rüsten für die Zukunft? Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Zeiten hochtechnologischer Kriegsführung	Locum
11.06.2014		Abendveranstaltung	Wieder zu Hause und doch fremd? Rückkehrer aus Kriegsgebieten und unsere Gesellschaft	Berlin
02.09.2014		Abendveranstaltung	Demokratischer Interventionismus und Völkerrecht: Heiligt der Zweck auch immer die Mittel?	Villigst
12.09.2014	14.09.2014	Diskurstagung	Zivil und strategisch?! Deutschlands Afghanistanpolitik nach dem Abzug	Locum
25.09.2014		Diskurstagung	Braucht die Bundeswehr bewaffnete Drohnen? Positionen evangelischer Ethik	Berlin/Locum
29.09.2014	01.10.2014	Diskurstagung	Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden – Wie können Bund und Länder die Einsatzbedingungen für Justizpersonal in Rechtsstaatlichkeitsmissionen verbessern?	Locum
21.11.2014	23.11.2014	Diskurstagung	Machtfaktor oder Spielball?	Meißen

Von	Bis	Format	Titel	Akademie
			Deutschlands Rolle in der Welt	
02.12.2014		Kamingespräch	Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen	Loccum/Berlin
03.12.2014		Abendveranstaltung	Einmischen oder Heraushalten? Deutschlands Rolle in der Welt	Thüringen
05.12.2014	07.12.2014	Diskurstagung	Deutschland und die Arabellion – Wie kann Deutschland die gesellschaftliche Transformation in Nordafrika unterstützen?	Loccum
12.12.2014	14.12.2014	Diskurstagung	Den Frieden gewinnen: politische und gesellschaftliche Perspektiven für die Transformationsdekade in Afghanistan XXVIII.Afghanistan-Tagung	Villigst
20.01.2015	21.01.2015	Diskurstagung	«In der noch nicht erlösten Welt...für Recht und Frieden...zu sorgen«. Frieden, Gerechtigkeit, Recht und staatliche Gewalt im Kontext von Just Policing	Villigst
05.03.2015	06.03.2015	Workshop	Neue Erwartungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik an wissenschaftliche Politikberatung?	Villigst
21.04.2015		Kamingespräch	Zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention, Friedensförderung und vernetztes Handeln im neuen Weißbuch	Loccum/Berlin
04.05.2015		Abschluss	Bis an die Grenzen der Diplomatie. Deutschlands Verantwortung für den Frieden	EAD/Berlin

Referentinnen und Referenten

Wir danken herzlich allen Referentinnen und Referenten, die durch ihre Beiträge das Diskursprojekt »... dem Frieden der Welt zu dienen« inhaltlich gefüllt haben. Mitgewirkt haben 2012 - 2015:

A

Ackermann, Dirck
Altmann, Jürgen
Al-Zubaidi, Layla
Amin, Rohulla
Ashraf, Abdul Rahman
Asseburg, Muriel
Attar, Ali Reza Sheikh

B

Babori, Shikiba
Backhaus, Christoph
Bagger, Thomas
Beck, Martin
Benne, Evelyn
Benner, Thorsten
Bethge, Anthea
Biermann, Rafael
Bilke, Nadine
Bulmahn, Edelgard
Binias, Uwe
Bogerts, Lisa
Boehnke, Olaf
Böhm, Andrea
Böhme, Jeanette
Borchert, Heiko
Boyer, Yves
Brahms, Renke
Brakel, Kristian
Brandner, Klaus
Brantner, Franziska
Brauksiepe, Ralf
Brendel, Karl Peter

Bretschneider-Felzmann, Almut
Breuer, Carsten
Brinkmann, Andrea
Brinkmann, Bernhard
Brinkmann, Kai
Brock, Lothar
Brocke, Edna
Brozus, Lars
Brück, Tilman
Brugger, Agnieszka
Brunner, Karl-Heinz
Brzoska, Michael
Burckhardt, Klaus
Burgmer, Christoph
Burkhardt, Hans-Dieter

D

Daase, Christopher
Daxner, Michael
de Maizièrè, Thomas
Dickow, Marcel
Djir-Sarai, Bijan
Dominik, Katja
Dörfler-Dierken, Angelika
Dröge, Markus
Dutzmann, Martin

E

Eckhart, Steffen
Ehrentraut, Christoph
Ehrhart, Hans-Georg
Elliesen, Tillmann
El-Mogaddedi, Belal
El-Mogaddedi, Fazl Ghani
Enns, Fernando
Epkenhans, Michael
Erdoğan, Murat
Erler, Daniela
Escher, Anna

Eurich, Claus

F

Fakoussa, Dina

Falke, Irmela

Falkenhagen, Marga

Farhang, Amin

Fehr, Jakob

Feroz, Emran

Feydt, Sebastian

Feyock, Sebastian

Finckh-Krämer, Ute

Flüchter, Annedore

Frei, Thorsen

Frey, Ulrich

Frings, Marc

Fischer, Martina

Fischer, Uwe Christian

Fisher, David

Frerichs, Jonathan

Fuhrhop, Pia

G

Gans, Sabine

Gärtner, Heinz

Gebauer, Thomas

Geden, Oliver

Geffe, Wolfgang

Gehrmann, Björn

Gerner, Martin

Glatz, Rainer

Godehardt, Nadine

Goetschel, Laurent

Göktürk, Safak

Grävingholt, Jörn

Grebe, Jan

Griep, Ekkehard

Guérot, Ulrike

H

Haedrich, Martina

Hafez, Farid

Hammerl, Franz-Josef

Hanning, August

Hansen, Wibke

Hargart, Ulrich

Haridi, Alexander

Haschim Sidiqi, Rahela

Hasenclever, Andreas

Haumer, Stefanie

Hauptmeier, Jürgen

Hauswedell, Corinna

Heinemann-Grüder, Andreas

Heinrich, Wolfgang

Heinrichs, Andre

Heintze, Hans-Joachim

Held, Thomas

Henz, Albert

Hettling, Manfred

Hild, Katharina

Hillmer, Christian

Hipler, Jochen

Hoff, Elke

Hofheinz, Marco

Hoppe, Martin

Hoppe, Thilo

Hoppe, Thomas

Hopp-Nishanka, Ulrike

Horlemann, Ralf

Horn, Alfred

Huber, Charles

I

Ibert, Oliver

Ipsen, Knut

Irrgang, Astrid

Islam, Rana Deep

J

Jaberg, Sabine
Jäger, Magarete
Jalilvand, David Ramin
Jannowsky, Alexandra
Jelpke, Ulla
Jennert, Bernd
Johannsen, Margret
Jonigkeit, Elke
Justenhoven, Heinz-Gerhard

K

Kaim, Markus
Kanne, Jürgen
Kalle, Mirjam
Karádi, Matthias
Karokhail, Masood
Karokhail, Shinkai
Kaufmann, Walter
Kekeritz, Uwe Christian
Kemming, Birte
Keul, Katja
Khalatbari, Babak
Kiesewetter, Roderich
Kindler, Sven-Christian
Kirsch, Ulrich
Kleemeier, Ulrike
Klimisch, Jan-Thilo
Klingbeil, Lars
Klose, Fabian
Knipperts, Alexander
Koch, Bernhard
Koch, Wolfgang
Koehler, Jan
Koenigs, Tom
Koepsel, Uwe
Kolling, Andrea
Königshaus, Hellmut

Koster, Norbert
Kramer, Andrea
Krause, Joachim
Krüger, Uwe
Kuebart, Patrick
Kühn, Florian
Kursawe, Janet
Kuschnerus, Tim

L

Lampe, Otto
Lammers, Christiane
Lebert, Jörg
Lehmann, Karsten
Leikert, Katja
Lepel, Ina
Liebetanz, Klaus
Liebig, Stefan
Lindner, Robert
Lippert, Barbara
Lochthofen, Sergej
Lohmann, Friedrich
Lohmann, Klaus
Lölke, Dirk
Luck, Edward
Lüder, Sascha Rolf
Lüders, Michael
Lüer, Jörg
Lüttig, Frank

M

Madsen, Britta
Major, Claudia
Mallory IV, Charles King
Maltzahn, Paul Freiherr von
Marauhn, Thilo
Mares, Peter
Marsiske, Hans-Arthur
Masala, Carlo

Maus, Alexander
Meiert, Götz
Meyer zum Felde, Rainer
Miche, Herbert
Mielke, Roger
Mihalic, Irene
Millmann, Laura
Miron, Radu Constantin
Mirow, Dirk
Moballekh, Mohammad
Mohagheghi, Hamideh
Mölling, Christian
Moltmann, Bernhard
Moss, Lawrence
Muchow, Claus
Muhr-Nelson, Annette
Müller, Harald
Müller, Marion Regina
Müller, Olaf
Müller, Thomas
Münchow, Christoph
Münkler, Herfried
Mutschler, Max Markus
Mützenich, Rolf

N

Nachtwei, Winfried
Naumann, Klaus
Nadery, Nader
Nadjib, Abed
Nashir-Karim, Nadia
Nehan, Nargis
Neu, Alexander S.
Neudeck, Johannes
Neumann, Hannah
Neuneck, Götz
Nielebock, Thomas
Nietan, Dietmar
Nützel, Gerdi

O

Oestreicher, Paul
Oeter, Stefan
Oswald, Stefan
Ouaissa, Rachid

P

Paffenholz, Thania
Pasch, Paul
Patzelt, Werner
Perthes, Volker
Petersen, Oliver
Pieken, Gorch
Pietz, Tobias
Plesmann, Wolf
Poddig, Andreas
Pohlmann, Ulrich
Pope, Hugh
Posch, Walter
Prüter, Kai

Q

Quack, Martin

R

Rademacher, Dirk
Raiser, Konrad
Rallis, Dimitris
Rashid, Abdul-Ahmad
Reiffenstuel, Michael
Reif-Spirek, Peter
Reuter, Hans-Richard
Richter, Werner
Ries, Matthias
Rink, Sigurd
Rinke, Bernhard
Robra, Martin
Rohde, Olaf
Rohrschneider, Kai Ronald

Rojas, Raúl
Ronnefeldt, Clemens
Rothbauer, Holger
Rotmann, Philipp
Rudolf, Peter
Rusche, Stefan
Russmann, Paul
Ruttig, Thomas

S

Sadjadpour, Kazem
Safarian, Kamran
Said, Salam
Sandawi, Sammi
Sander, Dirk
Sandschneider, Eberhard
Sauer, Frank
Schäfer, Paul
Schaper, Annette
Scheffer, Ulrike
Scheffler, Horst
Schetter, Conrad
Schilff, Dietmar
Schilling, Annegreth
Schindehütte, Martin
Schindler, Hans-Jakob
Schlagheck, Bernhard
Schlaudraff, Gerhard
Schlichte, Klaus
Schlotmann, Meinolf
Schmid, Johann
Schmidt, Frithjof
Schmidt, Hajo
Schnappertz, Jürgen
Schneckener, Ulrich
Schneider, Cornelia
Schneider, Karsten
Schneider, Patrick
Schoch, Bruno

Schörnig, Niklas
Schulte Berge, Bernd
Schulz, Jürgen
Schulz, Ludwig
Schumann, Peter
Schuster, Armin
Schütte, Robert
Schütz, Björn
Schwalb, Jens
Schwarz-Schilling, Christian
Schweitzer, Christine
Seiffert, Anja
Selle, Johannes
Senghaas-Knobloch, Eva
Shah Mohmand, Rustam
Shamel, Ratbil
Sharifi, Gudrun
Sieger, Robert
Simons, Claudia
Sohst, Thomas
Sommer, Jerry
Spatz, Joachim
Spelten, Angelika
Spiekermann, Meinolf
Starke, Wolfgang
Stöter, Gerald
Strässer, Christoph
Streicher, Klaus
Strohscheidt, Elisabeth
Stümke, Volker

T

Tabatabai, Adnan
Talmon, Stefan
Tebbe, Gerd
Tempel, Sylke
Thiel, Thorsten
Tillmann, Karl-Rüdiger
Toprak, Ali Ertan

Tötzke, Christine
 Treutmann, Holger
 Tveit, Olav Fykse

V

Verheugen, Günter
 Vlantis, Giorgios
 van Aken, Jan
 van Thiel, Jan Hendrik
 Vietz, Michael
 Vogler, Kathrin
 von Boemcken, Marc
 von Borries, Bodo
 von Puttkamer, Hubertus
 von Renesse, Ernst-Albrecht
 von Schubert, Hartwig
 von Wurmb-Seibel, Ronja

W

Wache, Eckehart
 Wafa, Waheer
 Wagner, Christian
 Wallraff, Arnold
 Walter-Drop, Gregor
 Wardak, Yahya
 Warnecke, Dieter
 Wehe, Dieter
 Weinhold, Werner
 Weisskirchen, Gert
 Weller, Christoph
 Wendland, Anna Veronika
 Wendrock, Benjamin
 Werner, Walter
 Westphal, Bernd
 Wetzels, Kathleen
 Wieland-Karimi, Almut
 Winkelmeier-Becker, Elisabeth
 Wipf, Thomas
 Wisotzki, Simone

Wittkowsky, Andreas
 Woermer, Nils
 Wolf, Klaus Dieter
 Wolf, Susanne
 Wollny, Anja
 Würich, Sabine

Y

Yaar, Daud
 Yusufzai, Rahimullah

Z

Zahneisen, Thomas
 Zanetti, Véronique
 Zapf, Uta
 Zech, Tobias
 Ziemer, Klaus
 Zint, Martin
 Zöpel, Christoph
 Zumach, Andreas
 Zupan, Natascha
 Zürn, Michael

Zum Schluss

Die Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD) sind die unabhängige Bundesorganisation und der Dachverband von siebzehn evangelischen Akademien. Die EAD initiiert und organisiert u.a. gemeinsame Diskursprojekte, wodurch die evangelischen Akademien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen wollen. Die EAD versteht sich als zivilgesellschaftliche Organisation und als protestantische Investition in die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und Kultur.

Das Diskursprojekt »...dem Frieden der Welt zu dienen« 2012-2015 verantwortet die EAD. Es wurde in Kooperation mit der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und mit der Arbeitsgemeinschaft Ethische Bildung in den Streitkräften (AEBIS) realisiert. Wir danken der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und der AEBIS für den kontinuierlichen Diskussionsprozess der letzten Jahre. Ebenso danken wir für die finanzielle Unterstützung, die uns ohne inhaltliche Vorgaben gewährt wurde.

Steuerungsgruppe:

Dirck Ackermann, Leitender Militärdekan,
Ev. Kirchenamt für die Bundeswehr

Jacqueline Boysen, Studienleiterin Ev. Akademie
zu Berlin (bis 2014)

Michael Haspel, Direktor Ev. Akademie
Thüringen

Klaus Holz, Generalsekretär Ev. Akademien in
Deutschland

Rüdiger Sachau, Direktor Ev. Akademie zu Berlin

Marcus Schaper, Studienleiter Ev. Akademie
Loccum

Uwe Trittman, Studienleiter Ev. Akademie
Villigst

Ines-Jacqueline Werkner, Senior Researcher, For-
schungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft e.V.,
Heidelberg

EVANGELISCHE SEELSORGE
IN DER BUNDESWEHR



Ev. Seelsorge in der Bundeswehr, Jebensstr. 3, 10623 Berlin, www.militaerseelsorge.de



Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland

Evangelische Akademien in Deutschland (EAD) e. V.
Geschäftsstelle, Auguststraße 80, 10117 Berlin, www.evangelische-akademien.de

Die Mitgliedseinrichtungen der EAD sind:

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen

Dieperzbergweg 13, 57610 Altenkirchen
Tel. 02681/9516-0, Fax 02681/70206
info@lja.de, www.lja.de

Evangelische Akademie Bad Boll

Akademieweg 11, 73087 Bad Boll
Tel. 07164/79-0, Fax -440
info@ev-akademie-boll.de
www.ev-akademie-boll.de

Evangelische Akademie Baden

Blumenstraße 1, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721/9175-361, Fax -25361
info@ev-akademie-baden.de
www.ev-akademie-baden.de

Evangelische Akademie zu Berlin

Charlottenstraße 53/54, 10117 Berlin
Tel. 030/20355-500, Fax -550
eazb@eaberlin.de, www.eaberlin.de

Evangelische Akademie Abt Jerusalem, Braunschweig

Alter Zeughof 1, 38100 Braunschweig
Tel. 0531/12054-0, Fax -50
sekretariat.thz@lk-bs.de
www.abt-jerusalem-akademie.de

Evangelische Akademie Frankfurt

Eschersheimer Landstraße 567
60431 Frankfurt am Main
Tel. 069/1741526-0, Fax -25
office@evangelische-akademie.de
www.evangelische-akademie.de

Evangelische Akademie Hofgeismar

Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar
Tel. 05671/881-0, Fax -154
ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de
www.akademie-hofgeismar.de

Evangelische Akademie Loccum

Münchehäger Straße 6
31547 Rehburg – Loccum
Tel. 05766/81-0, Fax -900
eal@evlka.de, www.loccum.de

Evangelische Akademie Meißen

St. Afra Klosterhof, Freiheit 16
01662 Meißen, Tel. 03521/4706-0, Fax -99
klosterhof@ev-akademie-meissen.de

www.ev-akademie-meissen.de

Evangelische Akademie der Nordkirche

Königstr. 52, 22767 Hamburg
Tel. 040/30620-1452, Fax -1453
hamburg@akademie.nordkirche.de

Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock
Tel. 0381/25224-30, Fax -59
rostock@akademie.nordkirche.de
www.akademie.nordkirche.de

Akademie der Ev.-Lutherischen Kirche Oldenburg

Haareneschstraße 60, 26121 Oldenburg
Tel. 0441/7701-431, Fax -419
akademie@ev-kirche-oldenburg.de
www.akademie-oldenburg.de

Evangelische Akademie der Pfalz

Luitpoldstraße 10
76829 Landau in der Pfalz
Tel. 06341/96890-30, Fax -33
info@eapfalz.de, www.eapfalz.de

Evangelische Akademie im Rheinland

Mandelbaumweg 2
53177 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 0228/9523-201, Fax -250
info@akademie.ekir.de
www.ev-akademie-rheinland.de

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

Schlossplatz 1 d
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel. 03491/4988-0, Fax 03491/400706
info@ev-akademie-wittenberg.de
www.ev-akademie-wittenberg.de

Evangelische Akademie Thüringen

Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf
Tel. 036202/984-0, Fax -22
info@ev-akademie-thueringen.de
www.ev-akademie-thueringen.de

Evangelische Akademie Tutzing

Schlossstraße 2 + 4, 82327 Tutzing
Tel. 08158/251-0, Fax 08158/251-137
info@ev-akademie-tutzing.de
www.ev-akademie-tutzing.de

Evangelische Akademie Villigst

Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
Tel. 02304/755-325, Fax -369
akademie@kircheundgesellschaft.de
www.akademie-villigst.de

Außerordentliche Mitglieder

Deutscher Evangelischer Kirchentag

Magdeburger Str. 59, 36037 Fulda

Tel. 0661/96950-0, Fax -90

fulda@kirchentag.de

www.kirchentag.de

Forschungsstätte der Evangelischen Studien- gemeinschaft e. V. (FEST)

Institut für interdisziplinäre Forschung

Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg

Tel. 06221/91 22 0, Fax 06221/167 257

info@fest-heidelberg.de

www.fest-heidelberg.de

Evangelische Medienakademie

Kaiserswerther Straße 450

40474 Düsseldorf

Tel. 0211 43690-150, Fax -200

www.evangelische-medienakademie.de

Kontakt

Evangelische Akademien in Deutschland e. V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin

Tel. 030/28395-410, Fax 030/28395-470

office@evangelische-akademien.de

www.evangelische-akademien.de

Am gerechten Frieden orientieren. *Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016*

Von Pastor Renke Brahms, Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Friedensbeauftragter des Rates der EKD, und Dr. Sigurd Rink, Bischof für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr

**Fachgespräch der EKD zum Weißbuch-Prozess,
Evangelische Friedrichstadtkirche, Berlin,
4.10.2015**

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik entsteht ein »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« im Rahmen eines partizipativen Verfahrens. Verantwortliche aus der Politik sollen ebenso beteiligt werden wie relevante gesellschaftliche Akteure und eine umfassende politische Öffentlichkeit. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßt es ausdrücklich, den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs für eine gesamtgesellschaftliche Beteiligung zu öffnen. Die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt muss vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes diskutiert werden. Friedenspolitisch bedarf es einer mehrheitlich getragenen Position zu den Zielen, Prioritäten und Instrumenten, mit denen sich Deutschland in Zukunft international engagieren will. Die EKD will ihren Beitrag hierzu unter anderem mit den vorliegenden »friedensethischen Eckpunkten« leisten.

1. Am gerechten Frieden ausrichten

Die EKD tritt dafür ein, außen- und sicherheitspolitisches Handeln am Leitbild des gerechten Friedens zu orientieren. Das Leitbild des gerechten Friedens weitet den Blick über aktuelle nationale Interessen und Sicherheitsbedürfnisse hinaus für die Bedingungen nachhaltigen Friedens auf der Welt. Nur wo Menschen die Möglichkeit haben, in Sicherheit und mit den notwendigen Ressourcen zu leben, kann dauerhaft Frieden werden. Außen- und Sicherheitspolitik muss sich ethisch daran messen lassen, inwieweit sie ressortübergreifend und nachhaltig Prozesse befördert, die Menschen vor Gewalt schützen, Gerechtigkeit fördern, Not abbauen und kulturelle Vielfalt gewährleisten. Eine entscheidende Aufgabe eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategiepapiers der Bundesregierung ist es aus unserer Sicht, die politischen, ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Bedingungen für friedensfördernde Prozesse in Deutschland, Europa und der Welt

als Ausgangspunkt konkreten Handelns zu beschreiben.

2. Internationale Friedensordnung als Rechtsordnung gestalten

Eine die Völker verbindende Friedensordnung ist nach dem Leitbild des gerechten Friedens nur als internationale Rechtsordnung denkbar. 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges muss die Erinnerung an die Katastrophen der großen Kriege des 20. Jahrhunderts lebendig bleiben: Frieden kann nur gemeinsam, auf der Basis einer verbindlichen und allgemein verpflichtenden Rechtsordnung gesichert werden. Voraussetzung hierfür sind starke und funktionsfähige Systeme kollektiver Sicherheit, die praktische Achtung der universellen und unteilbaren Menschenrechte, eine aktive Mitarbeit an Standards transnationaler Gerechtigkeit sowie ein respektvoller Umgang mit kultureller Vielfalt. Nationale Politik muss sich an diesen Normen ausrichten, wenn sie sich wirklich einer internationalen Friedensordnung verpflichtet sieht.

3. Frieden braucht nachhaltige Entwicklung

Im September 2015 wurde von der UN-Vollversammlung eine neue globale Entwicklungsagenda verabschiedet (Sustainable Development Goals/ SDGs). Das zentrale Ziel dieser Agenda und damit die entscheidende Herausforderung für das Handeln der internationalen Gemeinschaft rückt »eine Welt frei von Armut, Hunger, frei von Flucht und Gewalt« in den Mittelpunkt der zukünftigen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Mit der Zustimmung zu dieser Agenda hat sich auch Deutschland dazu verpflichtet, einen entscheidenden Beitrag zur Transformation in Richtung einer gerechteren und nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Explizit sind in den SDGs auch sog. »Friedenziele« aufgenommen worden, die den unlöslichen Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und nachhaltigen Entwicklungschancen für alle betonen. Konkret wird dies u. a. in der Forderung, »illegale Finanz- und Waffenströme deutlich (zu) reduzie-

ren, die Wiederherstellung und Rückführung gestohlener Vermögenswerte (zu) stärken und alle Formen der organisierten Kriminalität (zu) bekämpfen« (SDGs, Ziel 16.4). Daraus ergibt sich für Deutschland unmittelbarer Handlungsbedarf z. B. hinsichtlich einer restriktiven Rüstungsexportpolitik. Ohne die Definition von klaren Kriterien für Rüstungsexporte und eine konsequente ressortübergreifende Friedens- und Entwicklungspolitik wird Deutschland der eingegangenen Verpflichtung nicht gerecht werden können. Die EKD würdigt die vorhandenen Ansätze als Schritte in die richtige Richtung und mahnt gleichzeitig an, die sicherheitspolitische Konzeption im Weißbuch diesem Politikziel entsprechend anzupassen.

4. Gemeinsame Sicherheit und Versöhnung stärken

Das Grundgesetz verpflichtet Deutschland dazu, »dem Frieden in der Welt zu dienen«. Durch die friedliche Revolution und den Fall der Mauer gilt unser Land weltweit als Beispiel für Frieden und Versöhnung. Auf der Grundlage dieser besonderen und verpflichtenden Erfahrungen sollte sich Deutschland mit seinem ganzen Gewicht dafür engagieren, dass Institutionen und Strukturen gemeinsamer Sicherheit gerade zwischen potentiellen Konfliktgegnern errichtet, gestärkt und gesichert werden. Hierzu müssen auch Interessen- und Wertekonflikte offen benannt und zum Thema gemacht werden. Innerhalb der verschiedenen Systeme kollektiver Sicherheit, in die Deutschland eingebunden ist, sollte unser Land seine Bündnispartner in kritischer Solidarität dazu ermutigen, nicht auf Konfrontation, sondern vielmehr auf Dialog und Versöhnung zu setzen. Ein Gleichgewicht des Schreckens ist aus friedensethischer Perspektive keine Option für die Zukunft. Die EKD fordert daher die Bundesregierung auf, sich entschieden für atomare Abrüstung und eine internationale Ächtung von Atomwaffen einzusetzen.

5. Position beziehen in der politischen Strategie

Wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll, hängt davon ab, welche Rolle Deutschland zukünftig in der Staatengemeinschaft spielen will. Welche außen- und sicherheitspolitischen Ziele werden als prioritär eingestuft? Mit welchen vorrangigen Mitteln sollen diese Ziele angegangen werden? Die EKD hält eine kohärente, ressortübergreifend koordinierte friedens- und sicherheitspolitische Strategie unter dem Primat ziviler Krisenprävention weiterhin für unerlässlich. Das

Weißbuch 2016 wird daran zu messen sein, inwieweit es Schritte in diese Richtung markiert und eine strategische Perspektive für die Politik der kommenden Jahre eröffnet. Hierbei sollten neben notwendigen Risiko- und Bedrohungsanalysen vermehrt auch systematische Chancenanalysen zum Tragen kommen, um konstruktive Prozesse, Akteure und Zusammenhänge zu identifizieren und zu befördern. Dies alles ist nicht zuletzt auch von hoher Relevanz für die Soldatinnen und Soldaten wie auch für die zivilen Mitarbeitenden, die weltweit mit deutschem Auftrag im Einsatz sind – unter teilweise lebensgefährlichen Bedingungen.

6. Kohärentes Handeln und vernetzte Praxis stärken

Sicherheit kann weder unilateral noch allein durch Streitkräfte, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden gewährleistet werden. Erforderlich ist ein umfassender, präventiv ausgerichteter Ansatz. In Auslandseinsätzen müssen die jeweiligen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure sowie die gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge berücksichtigt werden, die globale, regionale und lokale Kontexte prägen. Es gilt, eine Kohärenz militärischer und ziviler Maßnahmen vor Ort sicherzustellen und zugleich die Eigenständigkeit vor allem der zivilgesellschaftlichen Akteure und NGOs zu wahren. Die EKD sieht die Bundesregierung in der Verantwortung, den Austausch und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Ressorts und zivilgesellschaftlichen Akteuren systematisch zu fördern und ihre jeweilige Fachkompetenz einzubeziehen.

7. Militärisches Engagement kriteriengeleitet abwägen und evaluieren

Der Einsatz militärischer Gewalt schafft keinen Frieden. Er kann im besten Falle der Politik für eine begrenzte Zeit den Raum schaffen, mit zivilen Mitteln friedensschaffende und friedensfördernde Prozesse in Gang zu bringen. Faktisch jedoch laufen Armeen häufig in die »Verfügbarkeitsfalle«: Sie werden entsandt, weil sie nun einmal da sind. Demgegenüber fordert die EKD: Bei der Förderung des Friedens müssen gewaltfreie Mittel Vorrang haben. Androhung und Anwendung militärischer Gewalt kann aus Sicht der evangelischen Friedensethik zwar als äußerste Handlungsmöglichkeit zur befristeten Sicherung der äußeren Rahmenbedingungen für einen eigenständigen Friedensprozess ethisch legitim sein. Jeder Einsatz von Gewalt muss jedoch eingebettet sein in ein umfassendes friedens- und

sicherheitspolitisches Konzept unter dem Primat der zivilen Krisenprävention und mit dem Ziel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Für den Einsatz militärischer Mittel müssen enge, transparente und überprüfbare ethische Kriterien angewandt werden, wie sie, hervorgegangen aus einer langen Geschichte politischer Praxis und ethischer Reflexion, in den Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt vorliegen. Zugleich ist es unerlässlich, dass militärische Einsätze ebenso wie Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung laufend evaluiert werden am Maßstab ihrer tatsächlich friedensfördernden Wirkung.

8. Krisenprävention und zivilen Instrumentarien den Vorrang geben

Wenn sich die strategischen Ziele deutscher Außenpolitik vorrangig der »Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit« bedienen sollen (Koalitionsvertrag vom 16.12.2013), dann müssen die zivilen Instrumente auch angemessen ausgestattet und gefördert werden. Aus dem »Review-Prozess« des Auswärtigen Amtes wurden Konsequenzen gezogen, die in eine gute Richtung weisen: Es wurde eine eigene Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge geschaffen, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) wird ausgebaut, die entsprechenden Budgets für das Auswärtige Amt und das BMZ wurden in den Haushaltsansätzen für 2016 aufgestockt. Die EKD engagiert sich selbst in besonderer Weise im Zivilen Friedensdienst (ZFD) und spricht sich dafür aus, den eingeschlagenen Kurs der Bundesregierung noch konsequenter in Bezug auf den Mitteleinsatz und die Kohärenz der Politikziele fortzusetzen. Etwa im Bereich der Bereitstellung deutschen Personals für internationale Polizeieinsätze sollte das augenblickliche Engagement deutlich erhöht werden. Das Weißbuch 2016 wird daran zu messen sein, ob es die für eine Krisenfrüherkennung und zivile Konfliktbearbeitung unerlässliche Vielfalt an Instrumenten in angemessener Weise berücksichtigt und ob es diese Instrumente konzeptionell miteinander in Zusammenhang bringt.

9. Demokratische Prinzipien der Bundeswehr absichern

Mit dem Prinzip der Inneren Führung, der Achtung der Gewissensfreiheit, dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und dem Anspruch ethischer Ausbildung steht die Bundeswehr für hohe Standards. Die EKD appelliert an die Verantwortlichen, diese ethisch reflexiven, demokratischen Prinzipien weiterhin zu stärken, gerade auch angesichts zunehmend internationalisierter Handlungsbedingungen. Hierzu ist eine kontinuierliche ethische Bildung im Karriereverlauf unerlässlich. Zudem sieht die EKD die Bundesregierung in der Verantwortung, im neuen Weißbuch Belastungen durch schwierige und zum Teil unzumutbare Einsatzbedingungen und Ausstattungsmängel offen zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen. Von Einsatzbelastungen Betroffene müssen verlässlich Unterstützung erhalten, zugleich gilt es, zugrunde liegende Probleme entschlossen anzugehen. Als Arbeitgeberin muss die Bundeswehr die Lasten und Belastungen des Soldatenberufs in der Personalgewinnung realistisch darstellen. Eine Anwerbung von Minderjährigen muss ausgeschlossen werden. Zudem muss die Bundeswehr aktuelle berufsethische Herausforderungen im Blick haben, etwa durch neue Formen von militärischen Szenarien (Asymmetrisierung), und Soldatinnen und Soldaten aktiv in einem verantwortungsvollen Umgang unterstützen und anleiten.

10. Zivile Einsatzkräfte wertschätzen und unterstützen

Die EKD hat sich bereits in der Vergangenheit für ein politisches Konzept für Rückkehrer sowohl aus zivil als auch aus militärisch geprägten Einsatzfeldern stark gemacht. Die Verantwortung für die beauftragten Menschen endet nicht mit dem Einsatz, sondern muss auch die anschließende Betreuung und Absicherung umfassen. Im Bereich der Rückkehrer- und Hinterbliebenenbetreuung in der Bundeswehr wurden in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. Es ist unerlässlich, dass zivile Einsatzkräfte in Zukunft ebenfalls die notwendige Unterstützung erfahren. 

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2015

37/15 – **Selig sind, die Frieden stiften** (Präses Kurschus, Brahms, Füllkrug-Weitzel) **70. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima** (EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm) – 24 Seiten / 3,40 €

38/15 – **Menschenwürdig sterben. Theologische, philosophische und juristische Perspektiven im Gespräch** (20. Heidelberger Ökumenisches Forum) 52 Seiten/5,10 €

39/15 – **Reformator, Ketzer, Judenfeind. Jüdische Perspektiven auf Martin Luther** (Evangelische Akademie zu Berlin) – 80 Seiten / 6,40 €

40/15 – **Abgeschlossen? Stand und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen in der DDR** (Tagung an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) 76 Seiten / 5,90 €

41/15 – **50 Jahre EKD-Ostdenkschrift** 36 Seiten / 4,10 €

42/15 – **Kirchenbilder – Lebensräume** (3. Land-Kirchen-Konferenz der EKD; Beiträge der 2. Fachtagung zur Land-Kirchen-Konferenz) 76 Seiten / 5,90 €

43/15 – **Kirchenzugehörigkeit als Voraussetzung zur Begründung und Aufrechterhaltung eines Arbeitsverhältnisses in der evangelischen Kirche** (Fachtagung der FEST und des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD) – 56 Seiten / 5,10 €

44/15 – **Flucht- und Migrationsursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge – was können wir tun?** (Füllkrug-Weitzel) **Kirche nach dem Sozialismus und vor dem Reformationsjubiläum** (Ueberschär) **»Verfilzte Dinge« Wie evangelische Christen seit 1948 um eine verantwortliche Haltung zum Staat Israel und zum Nahostkonflikt ringen** (Gronauer) 32 Seiten / 4,10 €

45/15 – **»... damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen«. Ein Beitrag zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung** (Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung – Auszüge) – 44 Seiten / 4,60 €

46/15 – **»Religiöse Atheisten« – Ein neuer Trend?** (Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar und der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) 76 Seiten / 5,90 €

47/15 – **Sterbehilfe** (Debatte und Beschluss im Bundestag zur Neuregelung der Suizidbeihilfe) 32 Seiten / 4,10 €

48/15 – **Synodentagung 2015 (1)** (Berichte, Beschlüsse) – 68 Seiten / 5,40 €

49/15 – **Synodentagung 2015 (2)** EKD-Synode (Schwerpunktthema und Beschlüsse) VELKD-Generalsynode (Schwerpunktthema) 48 Seiten / 4,60 €

50/15 – **Eröffnung des Themenjahres 2016 »Reformation und die Eine Welt« und Verleihung der Martin-Luther-Medaille 2015 in Straßburg** 32 Seiten / 4,10 €

51-52/15 – **Synodentagung 2015 (3)** VELKD-Generalsynode (Bericht, Referat, Entschließungen) UEK-Vollkonferenz (Bericht, Einbringungsreferat, Votum) – 52 Seiten / 5,10 €

Jahrgang 2016

1/16 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2015** – 78 Seiten / 5,90 €

2/16 – **Kinder, Medien, Religion – Medienhandeln und religiöse Sozialisation bei Kindern** (Evangelische Akademie Thüringen) – 44 Seiten / 4,60 €

3/16 – **Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden** (Stellungnahmen und Äußerungen zum Einsatz der Bundeswehr in Syrien) – 36 Seiten / 4,10 €

4/16 – **»... dem Frieden der Welt zu dienen«** (Abschlussstagung des Diskursprojekts der Ev. Akademien in Deutschland) **Am gerechten Frieden orientieren** (Fachgespräch der EKD zum Weißbuch-Prozess) 48 Seiten/ 4,60 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt, Tel.: (069) 58 098-191. Fax: (069) 58 098-226. E-Mail: vertrieb@gep.de Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 28,25 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 32,95 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 26,70 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.